



Bericht über die Menschenrechtsarbeit 2016

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Geiststraße 7
37073 Göttingen
Tel. 0551 499 060 – Fax 0551 58028
E-Mail: info@gfbv.de – www.gfbv.de



Koordination: Inse Geismar

Veröffentlicht am 20. Oktober 2017 in Göttingen

INHALTSVERZEICHNIS

WIR SAGEN DANKE!	5
NAHOST	6
Syrien – Türkei – Irak – Iran - Sonstiges	
AFRIKA	10
Äthiopien - Sudan/Eritrea – Südsudan – Mauretanien – Nigeria - Ägypten	
ASIEN	14
China/Tibet/Ostturkestan/Innere Mongolei - Burma (Myanmar) – Indien - Indonesien, Westpapua und Malaysia - Afghanistan und Pakistan - Japan	
EUROPA	17
Russische Föderation/Nordkaukasus - Ukraine und Krim - Ukraine Calling - Weißrussland - Südosteuropa und Flüchtlinge – Bosnien – Roma – Wolfskinder - Verschiedenes - Menschenrechtsinitiativen der GfbV Bosnien und Herzegowina in 2016	
INDIGENE VÖLKER	25
„Free Peltier“ – Auch Obama hat ihn nicht begnadigt - USA: Native Americans/DAPL/Standing Rock – Brasilien – Chile – Australien - Indigene Völker in der Russischen Föderation	
DIE GFBV BEI DEN UN	28
AKTIONEN UND VERANSTALTUNGEN	30
HOMEPAGE UND NEUE MEDIEN	35
PRESSE	38
PUBLIKATIONEN	40
GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker- pogrom - Reporte, Dokumente, Hintergrundpapiere – Kampagnenblätter - Faltblätter und Verschiedenes	

REGIONALGRUPPEN 2016	45
Regionalgruppe Bremen - Regionalgruppe Hannover - Regionalgruppe Göttingen - Regionalgruppe Karlsruhe - Regionalgruppe München - Regionalgruppe Hamburg - Regionalgruppe Berlin - Regionalgruppe Aachen - Regionalgruppe Nürnberg - Regionalgruppe Düsseldorf - Regionalgruppe Münster	
GESCHÄFTSFÜHRUNG UND FINANZEN	48
So funktioniert die GfbV - Finanzen	
DAS GFBV-TEAM	56
ADRESSEN DER GFBV-SEKTIONEN	60

Wir sagen danke!

Zu unserer Jahresversammlung am 3. und 4. November 2017 legen wir Ihnen unseren Arbeitsbericht 2016 vor. Darin berichten unsere hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ihre Kampagnen, Aktionen und viele anderen Menschenrechtsinitiativen des vergangenen Jahres für bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten sowie indigene Gemeinschaften.

2016 haben 53 Praktikantinnen und Praktikanten – die meisten von ihnen Studierende – unsere Arbeit unentgeltlich unterstützt genauso wie die vielen Ehrenamtliche in unseren Regionalgruppen, unsere Experten und Koordinatoren. Alle Praktikantinnen und Praktikanten erfüllten ihre Aufgaben mit großem Engagement: Sie recherchierten über die Lage einzelner Volksgruppen, dokumentierten Menschenrechtsverletzungen, knüpften für uns Kontakte zu Betroffenen, verfassten Beiträge für unsere Zeitschrift, halfen bei Vorbereitungen für Veranstaltungen und der Betreuung unserer Gäste. Sie brachten aber auch ihre Ideen und ihr gestalterisches Können ein, um unsere Straßenaktionen attraktiv zu machen. Herzlichen Dank an dieser Stelle noch einmal an all diese jungen Menschen, die uns so tatkräftig oft über längere Zeit unterstützt haben. Ohne sie wäre unsere Arbeit in diesem Umfang nicht möglich gewesen! Großer Dank geht auch an die GfbV-Regionalgruppen, viele von ihnen waren sehr rege und haben unsere Anliegen so sehr effektiv unterstützt!

Sehr herzlich möchten wir uns bei unseren Mitgliedern, Förderern und Abonnenten bedanken: Mit ihren Beiträgen und Spenden haben sie unsere Menschenrechtsarbeit gegen Unterdrückung, Vertreibung und Völkermord mitgetragen, ja erst ermöglicht. Danke!

In dankbarer Erinnerung werden wir die Menschen behalten, die unsere Sache 2016 über ihren Tod hinaus mit einem Vermächtnis gefördert haben. Ihnen lag die Durchsetzung der Menschenrechte für Minderheiten so sehr am Herzen, dass sie uns in ihrem Testament einen Teil ihres Vermögens zugedacht haben. Es soll der Finanzierung unserer wichtigen Menschenrechtsarbeit dienen.

Auch die GfbV-Sektionen in Österreich, der Schweiz, Südtirol, Bosnien-Herzegowina und dem irakischen Kurdistan können auf ihre Unterstützerinnen und Unterstützer zählen. Wenn Sie sich über deren Schwerpunktthemen 2016 informieren möchten, finden Sie Ihre Arbeitsberichte im Internet auf ihrer jeweiligen Homepage. Blättern Sie bis an das Ende unseres Berichts: Dort finden Sie die Kontaktdaten unserer Sektionen.

Wir möchten Sie ermuntern, Kontakt mit uns aufzunehmen, wenn Sie Fragen zu unserer Arbeit haben oder mehr Details über einzelne Kampagnen erfahren möchten. Wir haben uns zwar Mühe gegeben, hier möglichst alle wichtigen Informationen zu geben. Doch trotzdem bleibt einiges vielleicht holzschnittartig. Rufen Sie uns gerne an oder schreiben Sie uns eine E-Mail, wir stehen Ihnen gern Rede und Antwort. Sie finden die Telefondurchwahl sowie die E-Mail aller unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls am Ende dieses Berichts.

Wir grüßen Sie herzlich!

Ihr GfbV-Team

Nahost

Die Situation der Minderheiten im Nahen Osten hat sich im Jahr 2016 nicht verbessert. In Nordsyrien wurde das Leben für die Flüchtlinge und mehrheitlich kurdischen Bewohner der Region „Rojava“ eingekesselt von den türkischen Truppen und den radikal-islamischen Kräften im eigenen Land, immer schwieriger. Im Iran und Irak **litten Minderheiten unter Verfolgungen, Inhaftierungen und Tötungen**. Auch für einzelne Berufsgruppen wie **Akademiker, Journalisten und oppositionelle Politiker** war die Lage im Nahen Osten besorgniserregend. Darüber informierten wir die Öffentlichkeit mit **zahlreichen Aktionen, Vorträgen und Mahnwachen**. Auch für die **Flüchtlinge in Deutschland** haben wir uns stark gemacht und für einen interkulturellen Austausch gesorgt. Unsere Menschenrechtsarbeit stieß bei Medien auf großes Interesse. So gab unser Nahostreferent Dr. Kamal Sido im Laufe des Jahres 2016 vielen verschiedenen Radio- und Fernsehsendern mehr als 140 Interviews.

Syrien

Im Frühling 2016 brach Sido zu einer **Recherchereise in die nordsyrische Region Rojava** auf. In dem multiethnischen und multireligiösen Gebiet haben viele Bürgerkriegsflüchtlinge Zuflucht gefunden. Rojava konnte sich bisher gegen den sog. Islamischen Staat verteidigen und verfolgt in seiner **zivilen Selbstverwaltung eine Politik des Minderheitenschutzes und der politischen Freiheiten**. Sido führte mehr als 20 Interviews mit Vertretern von Minderheiten und Parteien über die Lage in dem Gebiet und über Fluchtursachen. Einhellig forderten sie Deutschland und die EU auf, das multiethnische und multireligiöse Rojava humanitär zu unterstützen. Außerdem soll Druck auf die Türkei ausgeübt werden, Nordsyrien nicht länger anzugreifen. Im Gefängnis von **Qamischli** sprach Sido mit der Leiterin und Gefangenen, vor Gefängniswärtern unterstrich er die Bedeutung eines menschenwürdigen Umgangs mit den Gefangenen. Die Zustände in dem Gefängnis waren zufriedenstellend. Über seine Eindrücke informierte Sido in zahlreichen **Vorträgen und Podiumsdiskussionen**, u. a. bei der Evangelischen-Fachhochschule Bochum, der Diakonie Düsseldorf sowie in Karlsruhe, Berlin, Bremen, Köln, Schwäbisch Gmünd und Kastellaun.

Bei einem **zweiten Nordsyrien-Aufenthalt** stellte Sido auf einer **Pressekonferenz** am 10. Oktober seinen Bericht vor Vertretern fast aller dortigen Medien sowie Repräsentanten der Kurden, Araber, Assyrer/Aramäer, Armenier, Tschetschenen, Christen, Muslime und Yeziden vor und mahnte, die Menschenrechte zu achten. Nach einem Gefängnisbesuch wurden einige kurdische Oppositionelle freigelassen. In vielen Interviews und Vorträgen berichtete Sido im Anschluss an den Besuch in Nordsyrien über die Lage vor Ort.

Zum Gedenken an die **in Syrien entführten Bischöfe** Mor Gregorius Yoanna Ibrahim und Boulos Yazigi, organisierten wir am **22. April eine friedliche Mahnwache** vor dem türkischen Konsulat in Hannover. Wir forderten den türkischen Präsidenten Erdogan dazu auf, seine Verbindungen zum IS in Syrien zu nutzen, um die Bischöfe zu befreien.

Im September 2016 organisierten wir **mehrere Mahnwachen**. So forderten wir am 29. September vor den Botschaften der USA und Russlands ein Ende der Bombardierung von Aleppo und des Nordosten Syriens sowie eine Entwaffnung der Islamisten durch die Amerikaner. Zum **Tag der Menschenrechte am 10. Dezember** organisierten wir eine Mahnwache in Karlsruhe, um auf die **katastrophale Lage in Aleppo** aufmerksam zu machen. Die Lage für die Flüchtlinge hatte sich dort drastisch verschlechtert. Als sich gegen Ende des

Jahres die Situation der Flüchtlinge in Rojava durch die Kälte verschlimmerte, forderten wir Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) dazu auf, den Notleidenden in Aleppo zu helfen.

Türkei

Die Syrienpolitik des türkischen Regimes unter Erdogan wurde von der GfbV stark kritisiert. Bereits am 22. Januar organisierten wir die Menschenrechtsaktion „Die türkische Regierung muss ihre **Unterdrückungs- und Verfolgungspolitik gegenüber den Kurden beenden!**“ vor dem Bundeskanzleramt in Berlin. Auch mit mehreren anderen **Menschenrechtsaktionen** forderten wir Deutschland, Europa und die NATO im Laufe des Jahres 2016 immer wieder dazu auf, den Druck auf Erdogan zu erhöhen, die Angriffe auf die Kurdengebiete zu stoppen und die Grenzen für Hilfslieferungen nach Nordsyrien zu öffnen. In Pressemitteilungen warfen wir Erdogan schwerste Völkerrechtsverletzungen vor. Wir unterstützen auch Aktionen anderer Organisationen für die Minderheiten Nordsyriens wie den Aufruf des kurdischen Zentrums für juristische Studien & Beratung (YASA) zu der Menschenrechtsaktion „**Feuerpause für Syrien durchsetzen!** Angriffe der türkischen Armee auf Kurden und andere Minderheiten in Nordsyrien beenden!“.

Von Vertretern der deutschen Regierung verlangten wir, von türkischen Gesprächspartnern eine friedliche Lösung zu fordern. Als Bundeskanzlerin Merkel im Mai in die Türkei fuhr, forderten wir sie in einem Brief auf, dort **die Demokratie zu stärken** und das Gespräch mit der kurdischen Oppositionspartei (HDP) zu suchen. Auch Außenminister Steinmeier (SPD) riefen wir im November dazu auf, den damals bereits inhaftierten HDP-Chef Selahattin Demirtas im Gefängnis zu besuchen und Solidarität mit der kurdischen Gemeinde zu signalisieren.

Mehr als **100 Jahre nach dem Völkermord an den Armeniern** veranstaltete die GfbV-Regionalgruppe Göttingen am 14. Juni eine Podiumsdiskussion über den Genozid mit dem Vorsitzenden der Deutsch-Armenischen Gesellschaft Dr. Raffi Kantian, dem CDU-Abgeordneten Christoph Bergner und Prof. Dr. Martin Tamcke (Uni Göttingen) als Moderator. Dabei war auch die **Armenien-Resolution** des Deutschen Bundestages vom 2. Juni Thema. Als wir im September 2016 erfuhren, dass die Bundesregierung sich von dieser distanzieren will, forderten wir Bundeskanzlerin Merkel in einer Presseerklärung und mit einem dringenden Schreiben dazu auf, dem Bundestag nicht in den Rücken zu fallen.

Um der Öffentlichkeit tiefere Einblicke in **die politische Situation der Kurden** in der Türkei zu gewähren, luden wir am 23. Juni den kurdischstämmigen Politologen Ali Atalan zu einer öffentlichen Diskussion ein. Den enormen Druck der türkischen Regierung auf die **Aleviten** nach dem Putschversuch in der Türkei im Sommer 2016 kritisierten wir scharf. Die Glaubensgemeinschaft wurde unter Generalverdacht gestellt. Im November 2016 unterstützten wir eine von der alevitischen Gemeinde organisierte Großdemonstration in Köln. Dabei prangerten wir vor allem willkürliche Verhaftungen von Oppositionellen in der Türkei an.

Wir unterstützten die Aktion „**TÜRKEI – UNZENSURIERT**“. Dabei ließ der WDR regimekritische Journalisten zu Wort kommen, die in ihrem Land aufgrund der starken Einschränkung der Pressefreiheit mundtot gemacht wurden. Auf einer **Fachtagung** der Konrad Adenauer Stiftung in Mühlheim an der Ruhr informierte unser Nahostreferent über die Islamisierung des Kurdengebiets in der Türkei und den Widerstand dagegen.

Irak

Im Irak beschäftigte uns in diesem Jahr v.a. die Situation der yezidischen und christlichen Glaubensgemeinschaften.

Zum **zweiten Jahrestag des Völkermordes an den Yeziden im nordirakischen Sinjar am 3. August** richtete die Regionalgruppe Göttingen eine Gedenkveranstaltung aus und lud zusammen mit dem „Zentrum der Yeziden“ Augenzeugen aus dem Irak ein. **Sie berichteten über das Massaker in ihrem Dorf Kocho.** Gleichzeitig unterstützten wir eine Großdemonstration in Berlin zum Gedenken an den Genozid mit mehr als 1000 Teilnehmern. Auf Flyern informierten wir hier über die Hintergründe des Verbrechens. Am 17. November berichtete die **Yezidin Adoula Dado in einen Vortrag über ihre Religionsgemeinschaft und das Trauma**, das die Yeziden durch den Völkermord IS erlitten haben.

Weihnachten machten wir die Öffentlichkeit auf die Lage der Christen im Nahen Osten aufmerksam. Allein im Irak ist ihre Zahl von 1,5 Millionen auf 300.000 geschrumpft.

Iran

Am 1. Februar forderten wir Außenminister Steinmeier dazu auf, sich im Iran für die **Freilassung des kurdischen Menschenrechtlers Mohammad Sadiq Kabudvand sowie der sieben inhaftierten Mitglieder der Baha'i-Glaubensgemeinschaft einzusetzen.** Die Bahá'í wurden allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit zu 20 Jahren Haft verurteilt. Im März hielt Sido einen Vortrag in Aachen über die derzeitige **Lage der Baha'í** im Ursprungsland ihres Glaubens. Weil sich die Baha'í für friedensfördernde Maßnahmen und eine Gleichberechtigung von Mann und Frau einsetzen, werden sie dort verfolgt.

Anlässlich seines Iran-Besuches im April 2016 forderten wir den niedersächsischen Ministerpräsidenten Weil (SPD) dazu auf, sich dort für die politischen Gefangen einzusetzen. Eine wirtschaftliche Öffnung des Landes erforderte auch eine politische Öffnung, argumentierten wir, als Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im September in den Iran fuhr.

Am 4. Juni unterstützten wir den Aufruf der Kurden und Iraner zu einer Mahnwache in Köln für **die sofortige Freilassung und medizinische Versorgung des 54-jährigen Mohammed Sadiq Kabudvand.** Er ist herzkrank und engagierte sich gewaltfrei für Menschenrechte, Demokratie und regionale Selbstverwaltung für die Kurden im Iran. Von Präsident Hassan Rohani verlangten wir, sein Wahlversprechen einzulösen und sich für die Minderheiten einzusetzen. Wir unterstützten auch das Kurdish Mass Execution English Statement, einen Aufruf an den Iran, die Hinrichtungen kurdischer Politiker und religiöser Gefangener zu stoppen.

Im Oktober 2016 luden wir zu einer Diskussionsrunde über das neue Buch des französisch-iranischen Religionswissenschaftler **Seyed M. Azmayesh** ein. Sein Thema ist die Vereinbarkeit des Islam mit den Menschenrechten.

Am 21. Dezember berichteten wir über den Bombenanschlag auf das Büro der Demokratischen Partei Kurdistan Irak (PDKI). Die sieben Opfer waren iranische Kurden im irakischen Exil. Gleichzeitig informierten wir über die Zustände im Irak. Außerhalb Kurdistans

werden **Minderheiten in diesem Land unterdrückt. Durch Verfolgungen, langjährige Inhaftierungen und Hinrichtungen wird ein Klima der ständigen Angst geschaffen.**

Integration der Flüchtlinge und interkultureller Austausch

Auch im Jahr 2016 haben wir unsere Arbeit für Flüchtlinge aus den Ländern des Nahen Ostens fortgesetzt und uns für Integration sowie interkulturellen Austausch eingesetzt. So informierten wir am 27. Januar bei der Veranstaltung „Integration, Akzeptanz: gute Arbeit mit jungen Flüchtlingen“ über die **Hintergründe der Krise und deren wirtschaftliche, politische und religiöse Bewältigung im Mittleren und Nahen Osten** in Bad Boll. Dort will die Akademische Gemeinde ein besseres Verständnis von und für Flüchtlinge schaffen.

Am 11. April nahmen wir unseren **Flüchtlingsnotruf** help@gfbv.de in Betrieb. Alle Angehörigen einer ethnischen oder religiösen Minderheit, die aufgrund dessen in ihren Unterkünften diskriminiert werden, können sich an uns wenden. Ihre Klagen werden geprüft, angemessene Hilfe wird organisiert. Die Daten werden für fundierte Berichte über die Lage in manchen Unterkünften aufgearbeitet. Mit Hilfe der evangelischen Kirche haben wir uns **das Ziel gesetzt, mit dem Notruf der Ablehnung und Unterdrückung von Minderheiten durch andere Minderheiten oder Gruppen hier in Deutschland ein Ende zu bereiten.**

Am 28. April informierten wir im Rahmen eines Treffens der Ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe Göttingen über Ursachen der Flucht aus Syrien, Irak und der Türkei. Wir **vermittelten bei einem Streit** zwischen einer yezidischen und einer muslimischen Familie in einer Göttinger Flüchtlingsunterkunft. Diese Aktion wurde dokumentiert und begleitet vom NDR. Zum **interkulturellen Verständnis** trug auch ein Podiumsgespräch mit Prof. Heinrich Detering beitragen. Er informierte über den Ramadan und das Fastenbrechen. Bei der Interkulturellen Woche (IKW) im Grenzdurchgangslager Friedland im September 2016 fand u.a. ein gemeinsamer ökumenischer Gottesdienst statt, der klarstellen sollte, dass es im Koran zwar Grundlagen für Gewalt gibt, diese aber nicht zu verfolgen sind.

Sonstiges

Anlässlich der Veröffentlichung des **Deutsch-Kurdischen Wörterbuches von Feryad Fazil Omar** am 23. Februar in Berlin luden wir zu einem Pressegespräch ein. Omar, Leiter des Institutes für Kurdische Studien Berlin, stellte sein Werk vor und beantwortete Fragen über die aktuelle Situation der Kurden und die Entwicklung des Nahen Ostens.

Mit Freuden haben wir der **Festveranstaltung zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Prof. Dr. Martin Tamcke in Göttingen** beigewohnt. Der Professor für Ökumenische Theologie wurde für seine Verdienste der Völkerverständigung insbesondere für die christlichen Völker des Orients, seinen aktiven Friedenseinsatz (besonders in Syrien, Irak, Libanon, Ägypten, Ukraine, Russland Armenien, Türkei und Iran) und seinen Einsatz für die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern und Aramäern/ Assyrier/ Chaldäer ausgezeichnet.

Kamal Sido

Afrika

Äthiopien

Die **Dokumentation und der Protest gegen schwere Menschenrechtsverletzungen an Oromo** bildeten einen Schwerpunkt unserer Afrika-Arbeit im Jahr 2016. Denn in der mehrheitlich von Oromo bewohnten Region Oromia in der Umgebung der Hauptstadt Addis Abeba wurde der Widerstand der lokalen Bevölkerung gegen Landraub und eine Gebietsreform brutal von Sicherheitskräften niedergeschlagen. Die Oromo sind die größte Bevölkerungsgruppe Äthiopiens. Sie werden seit Jahrzehnten diskriminiert und verfolgt. Ihre Proteste wurden vor allem von Schülern und Studenten getragen. Sie weiteten sich im Laufe des Jahres auf andere Landesteile aus, als Amhara und andere Bevölkerungsgruppen Solidarität mit den Oromo zeigten. Während die Oromo meist friedlich mit über dem Kopf verschränkten Armen demonstrierten, um den Sicherheitskräften zu zeigen, dass sie unbewaffnet waren, gingen Polizisten und Soldaten mit übertriebener Gewalt gegen die Demonstranten vor. Mehr als 2.000 Oromo und Amhara wurden getötet, mehr als 20.000 junge Menschen festgenommen, in illegalen Haftzentren gefoltert und monatelang festgehalten. Zehntausende junge Oromo flohen aus Angst vor Massenverhaftungen ins Ausland, mehr als 6.000 von ihnen kamen nach Deutschland. Wir unterstützten viele in ihren **Asylverfahren**, wirkten an Demonstrationen in Berlin, München und Kassel mit und erläuterten in Gesprächen mit Politikern und Journalisten die Hintergründe ihres Aufbegehrens.

In **19 Presseerklärungen und einem Reisebericht** informierten wir über die dramatische Lage der Oromo und forderten ein Ende der Kooperation Deutschlands mit Äthiopien. Viele Medien griffen unsere Kritik auf, insbesondere als die Bundeskanzlerin im Oktober 2016 Äthiopien besuchte. Schon im Vorfeld der Reise gab es eine intensive Berichterstattung zum übermäßigen Gewalteinsatz der Sicherheitskräfte, der von Angela Merkel auch nachdrücklich kritisiert wurde.

Schon zum Jahresbeginn hatte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius in einer von unseren Mitgliedern und Unterstützern viel beachteten und kritisch befolgten **Kampagne gegen „Blutrosen“** davor gewarnt, Rosen aus Äthiopien zu kaufen. Denn die Einrichtung immer neuer Rosenplantagen durch europäische Investoren schürt dort den Landverlust der Oromo. Als mehrere Monate später die Proteste der Oromo zunahmen, richtete sich ihre Kritik auch stark gegen die Rosenindustrie, weil sie von der umstrittenen Gebietsreform profitiert.

Sudan / Eritrea

Seit 13 Jahren dauert der **Völkermord in Darfur** im Westen des Sudan noch immer an. Mehrfach machten wir in Presseerklärungen und Interviews auf die fortwährende Gewalt und die schwierige Lage der Binnenflüchtlinge in den umkämpften Regionen aufmerksam. Der sudanesischen Regierung warfen wir vor, systematisch humanitäre Hilfe für Darfur-Flüchtlinge zu behindern und nichts für eine Verbesserung der Sicherheitslage im Westen des Landes zu unternehmen. Wir **warnten vor einer Schließung von Flüchtlingslagern**, mit der fälschlich der Eindruck erweckt werden soll, die Situation in Darfur habe sich spürbar verbessert. Vor allem warnten wir vor dem Terror der Rapid Support Forces (RSF), einer sudanesischen Miliz aus ehemaligen Janjaweed-Kämpfern, die für den Völkermord in Darfur

verantwortlich sind. In **einer von uns angeregten Reportage des ARD-Fernsehmagazins „Report Mainz“** wurde der Terror der RSF dokumentiert und kritisch hinterfragt, ob diese Mörder-Miliz der richtige Partner für die Europäische Union (EU) bei der Bekämpfung von Flucht und Migration ist. Mehrfach hatten wir in Presseerklärungen kritisiert, dass die RSF im Rahmen der Kooperation der EU mit dem Sudan damit beauftragt wurde, Flüchtlinge an der Grenze zu Libyen aufzugreifen, um sie auf ihrem Weg nach Europa zu stoppen.

Vor der Afrika-Reise der Bundeskanzlerin im Oktober 2016 organisierten wir gemeinsam mit Flüchtlingen in Berlin einen **Aktionstag**, um öffentlichkeitswirksam gegen die Zusammenarbeit Deutschlands mit Diktatoren in Afrika zu protestieren. Viele Medien berichteten über die symbolische Mauer, die wir aus Protest gegen die Abschottung Europas vor Bürgerkriegsflüchtlinge aus Eritrea, dem Sudan und Südsudan vor dem Brandenburger Tor errichteten. Der Sudan sei nicht der richtige Partner, um Flucht und Migration aus Eritrea zu bekämpfen, weil er selbst für die Flucht von hunderttausenden Menschen aus den Bürgerkriegsgebieten in Darfur, Blauer Nil und den Nuba-Bergen verantwortlich ist, warnten wir die Bundesregierung. Immer wieder suchten wir das **Gespräch mit Politikern und Ministerien** und forderten sie auf, zu Menschenrechtsverletzungen im Sudan nicht zu schweigen, nur weil eine bei der Abwehr von Flüchtlingen eine Zusammenarbeit mit dem Land gebe. Flüchtlingspolitik dürfe Menschenrechte nicht missachten, verlangten wir. außerdem müsse es mehr Transparenz bei der Kooperation geben. Dies räumten die deutschen Projektträger schließlich auch ein.

Sorgen machten wir uns wochenlang um **vier Christen**, die im Sudan aufgrund haltloser Spionage-Vorwürfe festgenommen worden waren und denen langjährige Haftstrafen drohten. Wir engagierten uns für ihre Freilassung. Monatelang leisteten wir Lobbyarbeit, erreichten, dass massiv internationaler Druck aufgebaut wurde. So konnten wir erreichen, dass die angeklagten beiden sudanesischen Pastoren, ein Konvertit aus Darfur und ein Europäer freigelassen wurden. Die Lage der Christen in dem überwiegend muslimischen Staat hat sich seit der Abspaltung des Südsudan im Jahr 2012 deutlich verschlechtert. Mehrfach intervenierten wir, weil christliche Kirchen willkürlich auf Anordnung der Behörden geschlossen wurden.

Auch im Nachbarstaat **Eritrea verschlechterte sich die Menschenrechtslage**. In vielen Interviews und Vorträgen erklärten wir die Hintergründe der Flucht so vieler junger Eritreer. Erfolgreich konnten wir uns in Deutschland und mehreren anderen europäischen Staaten dafür einsetzen, dass die Richtlinien für die Anerkennung als politische Flüchtlinge nicht zu Ungunsten von Eritreern verändert wurden.

Südsudan

Der Bürgerkrieg im Südsudan hat sich zugespitzt, hunderttausende Menschen sind auf der Flucht. Mindestens 50.000 Südsudanesen fielen der Gewalt seit Dezember 2013 zum Opfer, mehr als fünf Millionen Menschen sind auf Hungerhilfe angewiesen. In vielen Presseerklärungen riefen wir zur Aufstockung der humanitären Hilfe auf und forderten mehr internationales Engagement, um den Bürgerkrieg schnellstmöglich zu beenden. Darüber hinaus **verlangten wir Sondersitzungen des Weltsicherheitsrates**. Er solle den Druck auf die Konfliktparteien erhöhen, sich glaubwürdig um eine Friedenslösung zu bemühen. Auch forderten wir einen **wirksameren Schutz von Angehörigen ethnischer Minderheiten**, die in UN-Camps Zuflucht suchen. Nachdrücklich kritisierten wir, dass sich der Weltsicherheitsrat

aufgrund des Widerstands von China und Russland nicht auf ein Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien im Südsudan verständigte. Das Verhalten der Veto-Mächte sei verantwortungslos und ein **Debakel für die Genozid-Prävention**.

Mauretanien

Auch im Jahr 2016 klagten wir die Regierung des nordwestafrikanischen Landes an, weil die Sklaverei zwar offiziell abgeschafft und verboten ist, aber noch immer praktiziert wird. In einem **49-seitigen Menschenrechtsreport** in französischer Sprache dokumentierten wir die Untätigkeit staatlicher Behörden bei der Umsetzung eines Aktionsprogrammes zur Bekämpfung der Sklaverei. Den Report veröffentlichten wir gemeinsam mit sechs mauretanischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen.

Mehrfach organisierten wir **Proteste vor der Botschaft Mauretaniens** in Berlin, um gegen die willkürliche Inhaftierung von Sklaverei-Kritikern zu protestieren. Sie waren in unfairen Gerichtsverfahren zu langen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Angesichts der massiven Proteste im In- und Ausland wurden die meisten seit mehr als 18 Monaten inhaftierten Anti-Sklaverei-Aktivist*innen unserer Partnerorganisation IRA-Mauritanie im Mai und Juli 2016 aus der Haft entlassen. Mauretaniens Regierung warfen wir vor, systematisch die Anti-Sklaverei-Organisation zu zerschlagen. Mauretaniens Botschaft in Deutschland wollte sich die öffentliche Kritik nicht gefallen lassen und drohte ihm Juli 2016 sogar damit, juristisch gegen unsere kritischen Presseerklärungen vorzugehen, da wir angeblich Lügen verbreiteten. Doch **wir ließen uns unsere Kritik nicht verbieten** und forderten unbeirrt die Freilassung aller inhaftierten Menschenrechtler.

Nigeria

Immer häufiger kam es im Jahr 2016 in Nigeria zu massiven Polizei-Einsätzen gegen Biafra-Aktivist*innen, die sich für eine Unabhängigkeit dieser im Südosten des Landes gelegenen Region einsetzen. Mehrfach machten wir in Presseerklärungen auf den gewaltsamen Tod von engagierten Biafranern aufmerksam und **forderten eine unabhängige Untersuchung der Todesfälle**. Doch Nigerias Sicherheitsapparat ignorierte alle Forderungen nach Aufarbeitung der Gewalt.

Auch im **Boko-Haram-Konflikt** setzte das Land ausschließlich auf den Einsatz der Armee, Polizei und verbündeter Milizen, um die Auseinandersetzungen zu beenden. Wir machten in vielen Presseerklärungen und Interviews darauf aufmerksam, dass die Zivilbevölkerung besonders unter der von allen Konfliktparteien gesuchten Eskalation der Gewalt leiden. Nachdrücklich forderten wir mehr humanitäre Hilfe für die Not leidende Zivilbevölkerung und einen **besseren Schutz von Helfern in den Unruheregionen**. Mehrfach erinnerten wir an das Schicksal der vor zwei Jahren in Chibok entführten Schülerinnen und forderten mehr Initiativen, um ihre Freilassung zu erreichen.

Ägypten

In vielen Presseerklärungen **dokumentierten wir neue Übergriffe auf die christliche koptische Minderheit**. Die Terrororganisation Islamischer Staat weitete im Jahr 2016 ihre Gewalt gegen koptische Einrichtungen massiv aus. Auch engagierten wir uns sehr für eine **Reform der sehr restriktiven Regelungen zur Renovierung und zum Neubau von Kirchen**. Nachdrücklich kritisierten wir die Schlechterstellung der Kopten gegenüber anderen Religionen und forderten von Ägyptens Regierung mehr Anstrengungen, um die Religionsfreiheit von Christen zu gewährleisten.

Auch setzten wir uns engagiert für **Menschenrechte der Tuareg in Mali**, für die **christliche Minderheit im Niger**, für **Sprachenrechte von Masiren in Algerien** und für das **Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis** in der völkerrechtswidrig von Marokko besetzten Westsahara ein. Auch engagierten wir uns für Menschenrechte in **Burundi** sowie für ein Ende der Gewalt zwischen Christen und Muslimen in der **Zentralafrikanischen Republik**.

Ulrich Delius

Asien

China/Tibet/Ostturkestan/Innere Mongolei

Auch 2016 bildete der Einsatz gegen die Unterdrückung und Verfolgung der Uiguren, Tibeter, Mongolen, chinesischer Anwälte und Journalisten einen Schwerpunkt des Asienreferates. In zahlreichen Pressemitteilungen und Interviews berichteten wir über die sich unter Staatspräsident Xi Jinping stetig verschlechternde Menschenrechtslage und den wachsenden Einfluss Chinas in der Weltpolitik. So warnten wir, dass die Wahl des früheren chinesischen stellvertretenden Sicherheits-Ministers Meng Hongwei zum INTERPOL-Präsidenten bittere Konsequenzen haben werde. Die chinesische Staatssicherheit hat INTERPOL bereits genutzt, um chinesische Menschenrechtler im Ausland mundtot zu machen. Gegen den in Deutschland lebenden uigurischen Menschenrechtler **Dolkun Isa** hatte China schon im Jahr 2003 eine sogenannte „Red Notice“ (rote Notiz) der INTERPOL erwirkt. Diese „Red Notice“ sollte die Mitgliedsländer der INTERPOL dazu bewegen, Isa festzunehmen. Die chinesischen Behörden wollten seine kritische Stimme zum Schweigen bringen und unterstellen ihm terroristische Aktivitäten. So wurde der heutige Generalsekretär des in München ansässigen Weltkongresses der Uiguren und friedliche Kämpfer für Menschenrechte trotz seines deutschen Passes im Jahr 2009 bei der Einreise nach Südkorea festgenommen und später nach Deutschland abgeschoben. In diesem Jahr verweigerte man ihm in Indien die Einreise.

Im April veranstalteten wir gemeinsam mit dem Weltkongress der Uiguren in Berlin eine **Konferenz über uigurische Flüchtlinge**. Diskutiert wurden unter anderem Fluchtgründe der Uiguren (Repressionen durch den chinesischen Staatsapparat inklusive Verletzung der Religionsfreiheit, daraus resultierende Hoffnungslosigkeit) und die Lage der Geflüchteten. In Südostasien wird oft die UN-Flüchtlingskonvention verletzt und Staaten wie Thailand oder Kambodscha schieben Uiguren nach China ab, wo ihnen Haft oder sogar der Tod drohen.

Im April eröffneten wir in Karlsruhe gemeinsam mit unserer dortigen Regionalgruppe die **Ausstellung „Tibet – Nomaden in Not“**, die wir mit der Tibet Initiative Deutschland, Regionalgruppe Hamburg zwischen 2014 und 2015 mit großem Erfolg im Hamburger Museum für Völkerkunde organisiert hatten. Unser jahrzehntelanger Kooperationspartner und Freund Helmut Steckel, Sprecher der Tibet Initiative Deutschland, Regionalgruppe Hamburg und GfV-Ehrenmitglied, sprach auch bei der Eröffnungsveranstaltung in Karlsruhe.

Im Juni publizierten wir einen **51-seitigen Menschenrechtsreport** über den Zusammenhang zwischen Chinas Aufstieg zur Welthandelsmacht und den Zugriff auf billige Ressourcen in Tibet, Ostturkestan/Xinjiang und der Inneren Mongolei. Chinas Billigexporte von Stahl, Aluminium und Textilien schüren Menschenrechtsverletzungen an Tibetern, Uiguren und Mongolen. Wer protestiert, wird festgenommen, gefoltert und gewaltsam zum Schweigen gebracht, dokumentierten wir.

Gemeinsam mit der Tibet Initiative Deutschland, Regionalgruppe Hamburg führten wir im Rahmen der Hamburger Veranstaltungsreihe **„China Time“** im November und Dezember hielten wir Vorträge über die sich weiter verschlechternde Lage der Minderheiten in der Volksrepublik, zeigten eine Ausstellung und führten eine Podiumsdiskussion durch. Unsere **Ausstellung über die "Kulturrevolution in Tibet"** in den Rathauspassagen wurde sehr gut besucht. Im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe veranstalteten wir gemeinsam mit der Tibet Initiative Deutschland, Regionalgruppe Hamburg einen Tibet-Tag, auf dem es Vorträge, tibetischen Gesang, Tanz sowie tibetisches Essen gab. Der tibetische Mönch und Filmemacher Jigme Golog berichtete in bewegenden Worten über seine Zeit als politischer

Gefangener und über seine dramatische Flucht. In weiteren Veranstaltungen thematisierten wir Schauprozesse gegen Uiguren im Fernsehen, Xi Jinpings Personenkult, die Unterdrückung der Religionsfreiheit und die Städtepartnerschaften zwischen deutschen und chinesischen Städten, die stärker für den Einsatz für Menschenrechte genutzt werden müssen.

Im November 2016 veröffentlichten wir ein Memorandum über die Zerstörung eines der größten buddhistischen Lehrinstitute weltweit, des **tibetischen Klosters Larung Gar**. Es befindet sich in der chinesisch kontrollierten Tibetischen Autonomen Präfektur Garze in der Provinz Sichuan und umfasst auch ein Kloster. Dort widmen sich Tausende von buddhistischen Nonnen und Mönche dem intensiven Studium ihrer Religion. Seit Mitte Juli 2016 müssen sie hilflos dabei zusehen, wie ihre Häuser abgerissen werden.

Im Dezember waren wir in München im Bayerischen Landtag bei einem zusammen mit der UNPO (Organisation der nicht-repräsentierten Völker und Nationen) und dem Bündnis 90/Die Grünen organisierten Symposium, auf dem offiziell die "**Ilham-Tohti-Initiative**" gegründet wurde. Dieser Initiative geht es vor allem darum, Chinesen über die Hintergründe der Proteste der Uiguren zu informieren und für eine Freilassung des zu lebenslanger Haft verurteilten Wirtschaftsprofessors Ilham Tohti zu streiten, der sich immer für eine Annäherung zwischen Han-Chinesen und Uiguren ausgesprochen hatte.

Burma (Myanmar)

Gemeinsam mit dem Europäischen Rohingya-Rat (ERC) protestierten wir mit einer Mahnwache vor der Botschaft **Burmas** in Berlin gegen die zunehmende Verfolgung der muslimischen **Rohingya**. Als Teil des **Netzwerks** der zu Minderheiten in Burma arbeitenden NGOs (HRW, ai, Brot für die Welt, Misereor, Terre des Hommes, Welthungerhilfe, Asienhaus etc.) überarbeiteten wir ein an Außenminister Steinmeier gerichtetes **Burma-Faktenpapier**. In vielen Pressemitteilungen und Interviews forderten wir die europäische Politik auf, sich deutlicher gegen die Anti-Rohingya-Politik der burmesischen Regierung unter **Aung San Suu Kyi** auszusprechen. Mit 15 anderen internationalen Menschenrechtsorganisationen forderten wir in einem Appell, dass die Religionsfreiheit respektiert wird.

Die SPD forderten wir auf, Aung San Suu Kyi den Willy-Brandt-Preis zu entziehen, weil sie mit ihrer Rohingya-Politik gegen Grundsätze des Preises verstoßen würde. Die Partei wand sich mit einem langen Schreiben heraus. Nachdrücklich kritisierten wir die EU dafür, dass sie dem Drängen Burmas nachgab und die Rohingya nicht mehr mit ihrem Namen bezeichnet. Gemeinsam mit anderen internationalen Menschenrechtsorganisationen forderten wir US-Präsident Obama dazu auf, nicht die letzten Burma-Sanktionen aufzuheben. In Schreiben an die EU und zahlreiche Entwicklungsorganisationen forderten wir **mehr Initiativen für traumatisierte Frauen**, die während des Bürgerkrieges in den Minderheiten-Gebieten Opfer sexueller Gewalt geworden sind. Als Berichte bekannt wurden, Burma plane die Zerstörung von Moscheen und Pagoden, die über keine Baugenehmigung verfügen, baten wir die einflussreiche US-Kommission für Glaubensfreiheit, Aung San Suu Kyi bei ihrem USA-Besuch um Klarstellung zu bitten. Im September sprachen wir mit Vertretern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über die prekäre Lage der Rohingya und Probleme in den anderen Minderheiten-Gebieten Burmas.

Indien

Acht Jahre nach den Pogrom-ähnlichen Ausschreitungen gegen **Christen in der Region Kandhamal im indischen Bundesstaat Orissa** am 23. August 2008 warfen wir Indiens Justiz und Regierung schwere Versäumnisse bei der Aufarbeitung vor. In Hannover trafen wir den Generalsekretär des Indischen Kirchenrates, Samuel Jayakumar, der rund 30 Millionen Protestanten und Orthodoxe in Indien vertritt. Er hatte zwei Reporte über Verletzungen der Religionsfreiheit von Christen und Muslimen in Indien vorbereitet.

Indonesien, Westpapua und Malaysia

In Pressemitteilungen kritisierten wir die **Verschlechterung der Religionsfreiheit in Indonesien** und forderten anlässlich des Deutschland-Besuchs von Präsident Joko Widodo die Bundeskanzlerin auf, eindeutig Position zu beziehen. Auf Einladung einer Amnesty-Gruppe hielten wir in Würzburg einen Vortrag über die Konflikte in **Westpapua**.

Mit einer spektakulären Aktion erinnerten wir in Göttingen an den vor 16 Jahren im malaysischen Regenwald spurlos verschwundenen Ethnologen und **Umweltschützer Bruno Manser**. Seine Schwester nahm an unserer Menschenrechtsaktion teil, die der Bauer und Umweltaktivist Ludwig Pape aus dem nahen Seeburg initiiert und zum großen Teil organisiert hatte. Mit Motorsägen „bewaffnete“ professionelle Holzfäller fuhren mit einem Schwerlastwagen in der Göttinger Fußgängerzone auf unsere Gruppe von Demonstranten zu und fällten einen Baum, an dem ein überlebensgroßes Bild von Bruno Manser befestigt war. Bruno Manser lebte bis zu seinem Verschwinden sechs Jahre unter den etwa 10.000 Penan-Waldnomaden in Sarawak. Er unterstützte ihren friedlichen **Kampf gegen die Zerstörung des Regenwaldes**. Dauerhaft soll eine von Ludwig Pape gestiftete Plakette an einer tropenholzfreen Sitzbank an das Versprechen der Stadt Göttingen erinnern, im öffentlichen Raum kein Tropenholz mehr zu verwenden.

Afghanistan und Pakistan

Nach dem blutigen Terroranschlag gegen eine schiitische Moschee in Kabul im November forderten wir einen **besseren Schutz der schiitischen Hazara-Minderheit** in Afghanistan.

Die **Blasphemie-Gesetze** in Pakistan, aufgrund derer immer wieder Angehörige von religiösen Minderheiten zu langen Haftstrafen verurteilt werden, und die Verfolgung von sowie Mordanschläge auf Christen, Ahmadiyya-Muslime, schiitische Hazara und Ismailiten thematisierten wir in mehreren Pressemitteilungen. Wir erinnerten auch an das Schicksal der in Pakistan wegen angeblicher Blasphemie zum Tode verurteilten Katholikin Asia Bibi.

Japan

Im September gaben wir Japans drittgrößter Zeitung, der "Mainichi Shimbun" (4 Millionen Auflage) ein langes Interview. Dabei unterstützten wir die Forderung Japans, Gebeine der Ainu-Ureinwohner zurückzugeben, die in Beständen Berliner Museen ruhen. Wir nutzten die Diskussion über die Rückgabe der Gebeine dazu, um in Japan eine breitere Diskussion über die **Ainu** anzuregen.

Ulrich Delius und Hanno Schedler

Europa

Russische Föderation / Nordkaukasus

„Kann die GfbV in Berlin unsere tschetschenische Freundin betreuen?“ fragt eine langjährige Kollegin einer befreundeten Organisation aus den USA. Die junge Tschetschenin hatte in ihrer Heimat Projekte zur Stärkung von Mädchen und jungen Frauen durchgeführt. Das ist Menschenrechtsarbeit und wird vom Machthaber Ramzan Kadyrow verfolgt. Sie und ihre Kolleginnen mussten schnell das Land verlassen und fanden in Berlin und anderen europäischen Städten Aufnahme. Die langen Gespräche mit der jungen Frau und die Festnahme ihres Bruders während ihrer Zeit in der deutschen Hauptstadt bestätigten traurig, was wir seit vielen Jahren von Flüchtlingen aus dem Nordkaukasus hören: Mädchen und Frauen werden unterdrückt und wer sich nicht lauthals für Kadyrow einsetzt, gilt als Feind.

Die Verfolgung von Frauen konnten wir eindrücklich in einem **Report** belegen. Unsere Anliegen waren es, den deutschen Behörden, Gerichten und Anwälten Fälle an die Hand zu geben, die **die flächendeckende Diskriminierung von Frauen** bezeugen, und die Frauen hier schützen, wenn sie als Flüchtlinge auch wegen der geschlechtsspezifischen Verfolgung Asyl beantragen. Dies ist in etlichen Einzelfällen geglückt. Für viele Einzelfälle in Deutschland, Österreich und der Schweiz haben wir **Gutachten** geschrieben, die zum Erfolg geführt haben. Wir standen Anwälten und Gerichten mit unserer Expertise in vielen Fällen zur Verfügung. In vielfältigen Gesprächen mit Gruppen von Flüchtlingen aus Tschetschenien versuchte unsere GUS-Expertin Sarah Reinke, **gegen Radikalisierung und Islamisierung** hinzuwirken, nicht zuletzt, um die Integration der Tschetschenen und damit ihren Ruf zu verbessern, aber auch, um die Mädchen und Frauen in der Gemeinschaft zu schützen und zu stärken.

Bei **Veranstaltungen**, auf **Podien** und in **Presseerklärungen** sowie -gesprächen haben wir immer wieder auf die Auswirkungen des „Agenten-Gesetzes“ auf die Gängelung und Verfolgung der Zivilgesellschaft in Russland und auch auf die Verbindung zwischen Ramzan Kadyrow und seinem Regime sowie dem russischen Präsidenten Wladimir Putin aufmerksam gemacht, der den Gewaltherrscher in Tschetschenien stützt. Wir haben immer wieder dazu aufgefordert, die Zivilgesellschaft, einzelne Demokraten und Menschenrechtsaktivisten zu stärken, die 2016 noch weniger Raum für ihre wichtige Arbeit hatten.

Ukraine und Krim

Mit Bannern und Plakaten machten wir während der OSZE-Tagung in Hamburg auf das **Schicksal der politischen Gefangenen besonders von der Krim** aufmerksam. Oleg Sentsov, Achtem Chijgoz und viele andere werden weiter widerrechtlich von den russischen Behörden in Haft gehalten. Wir informierten über ihr Schicksal, forderten Politiker zum Handeln auf, schrieben an die Gefängnisleitungen, an die zuständigen Staatsanwaltschaften und versuchten über **regelmäßige Berichterstattung** besonders auch auf unserem Blog das Interesse an dem Schicksal dieser Menschen wach zu halten. In **Gesprächen** mit ukrainischen und krimtatarischen Partnern suchten wir neue Wege zur Unterstützung gerade auch der Familien, die durch die Verhaftungen oft ihren Hauptnährer verloren.

Fast täglich berichteten wir auf unserem **Blog** über die Lage auf der Krim. Denn noch immer ist eine unabhängige Berichterstattung schwierig und weder von der russischen Regierung noch von den pro-russischen Machthabern auf der Krim gewollt. Zum Jahrestag der Annexion veröffentlichten wir einen umfassenden **Report über die Formen der Verfolgung**

und Unterdrückung auf der Halbinsel. Wir knüpften weitere Kontakte zu russischen und ukrainischen Menschenrechtlern, die sich für die Wahrung der Rechte der Krimtataren und aller anderen Bewohner der Halbinsel einsetzen, und konzipierten ein gemeinsames Projekt, das eine **Monitoringmission** auf die Krim beinhaltet.

2016 war die Situation in der Ukraine selbst weiter geprägt vom Krieg im Osten des Landes, der Annexion der Krim und dem Versuch der Zivilgesellschaft, trotzdem die nötigen Reformen durchzusetzen. Genau beobachteten wir die Situation in Deutschland und die Diskussion über die Sanktionen gegen Russland wegen der Annexion der Krim. Wenn sich Unternehmen, wie 2016 Siemens, mit Tricks über die Sanktionen hinwegsetzten, mischten wir uns ein. Außerdem appellierten wir mehrfach, dass die EU die Sanktionen verlängern müsse und Deutschland nicht aus dem Bündnis für die Sanktionen ausscheren solle.

Ukraine Calling

Unsere GUS-Referentin Sarah Reinke nahm an der von der Robert Bosch Stiftung finanzierten **Fortbildung „Ukraine Calling“** teil. Ziel der Fortbildung ist es, die Ukraine-Kompetenz in Deutschland zu stärken und die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine durch vielfältige **zivilgesellschaftliche Projekte** auszubauen. Neben **Workshops** in Deutschland konnten so auch eine **Reise in die Ukraine** unternommen und dort die Kontakte zu den Minderheiten gestärkt werden. Das für die Bewerbung vorgeschlagene Projekt **„Brücken“**, bei dem es um den Aufbau von Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Minderheiten in der Ukraine und in Deutschland geht, wurde vom Auswärtigen Amt bewilligt. Die Projektvorbereitung war umfangreich und umso mehr freuten wir uns über die Zusage. Im Berichtszeitraum konnten schon erste Schritte des Projektes verwirklicht und erste Gespräche über das Vorhaben veröffentlicht werden.

Weißrussland

Zum ersten Mal seit Jahren kam es 2016 und 2017 zu größeren Protesten gegen das korrupte und menschenfeindliche Regime Alexander Lukaschenkos in Weißrussland. Wir informierten über die Hintergründe und trafen uns mit weißrussischen Menschenrechtlern. Der **Einzelfall** eines Flüchtlings und seiner Frau beschäftigten uns einige Monate lang: Der junge Mann war unschuldig sieben Jahre in Weißrussland inhaftiert gewesen und versuchte nun, in Deutschland Asyl zu bekommen. Haft, Folter, Mangelernährung und Zwangsarbeit hatten schreckliche Spuren hinterlassen: Durch lange Einzelhaft im Karzer war die Wirbelsäule verkrümmt, durch Schläge die Nieren beschädigt, gar nicht zu sprechen von den schweren psychischen Folgen der Haft. Doch trotz ärztlicher Gutachten und engagierter Anwälte gelang es bis heute nicht, Asyl für die Familie zu bekommen, denn in Weißrussland herrsche kein Krieg und die Fluchtgründe reichten nicht aus.

Sarah Reinke

Südosteuropa und Flüchtlinge

Serbien, Bosnien, Mazedonien, Montenegro und Kosovo sind noch weit von einer EU-Perspektive entfernt. Besonders die Angehörigen von Minderheiten müssen dort um ihr Überleben kämpfen. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt zwischen 15 und 40 Prozent – bei Minderheiten bis zu 95 % - und das monatliche Nettoeinkommen zwischen 360 und 500 Euro begünstigen den Trend zur Auswanderung in Richtung Westeuropa. Von den Westbalkanländern ist nur Kroatien der EU beigetreten. Auch wenn die EU-Diplomatie auf Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Kampf gegen Korruption großen Wert legt, ändert sich in der Realität dort kaum etwas. Der Streit zwischen Belgrad und Priština um die Unabhängigkeit des Kosovo, die mazedonischen Dauerprobleme mit Griechenland wegen seines Namens, die Grenzstreitigkeiten zwischen dem Kosovo und Montenegro oder die faktische Teilung Bosnien und Herzegowinas und fehlende Verfassungsreform in diesem Land scheinen auf dem Weg in die EU eine unüberwindbare Hürde zu sein. Nur Montenegro und Serbien verhandeln mit der EU über einen Beitritt, Kosovo und Bosnien sind nicht einmal offizielle Kandidaten.

Bosnien

Wir verfolgen mit großer Sorge die Lage in **Bosnien und Herzegowina** und stellen immer wieder fest: Die Dayton-Verfassung (1995) hat eine auf ethnisch-rassischen Prinzipien beruhende Apartheid geschaffen. Dazu kommen Vetternwirtschaft und Korruption. Die Verarmung nimmt weiter zu.

Gemeinsam mit unserer bosnischen GfbV-Sektion forderten wir am 24. März 2016 während der **Bekanntgabe des Urteils gegen Radovan Karadžić** mit einer Mahnwache vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal (ICTY) in Den Haag mit großen Transparenten die Wiedervereinigung Bosniens und gedachten der 8.372 ermordeten Einwohner von Srebrenica. Ein Bus mit ehemaligen Lagerhäftlingen sowie Vertreterinnen der Mütter von Srebrenica und Žepa war aus Sarajevo angereist. Auch Hatidža Mehmedović, unsere Repräsentantin in Srebrenica, war dabei und sprach mit dem Chefankläger des Gerichtshofes, Serge Brammertz. Unsere Südosteuropareferentin Jasna Causevic gab mehrere TV-, Radio- sowie Zeitungsinterviews.

Wir richteten im Frühjahr 2016 in Zusammenarbeit mit der GfbV-Bosnien und Herzegowina einen **Appell - auch im Namen bosnischer Organisationen** - an die EU-Regierungen und verschiedene EU-Entscheidungsträger und -Institutionen, endlich Strukturreformen in Bosnien durchzusetzen. An deutsche Bundesregierung richteten wir die Forderung, ihrer Führungsrolle auf dem Westbalkan gerecht zu werden und Bosnien und Herzegowina in die Lage zu versetzen, sich zu einer demokratischen und gerechten Gesellschaft zu entwickeln.

Kurz vor Beginn des neuen Schuljahres 2016 forderte die GfbV **Regierungen der EU- und OSZE-Staaten** auf, dafür zu sorgen, dass in ganz Bosnien und Herzegowina **ausgewogene gemeinsame Lehrpläne** erarbeitet und die Schulkinder aller Volksgruppen in allgemeinen Fächern gemeinsam unterrichtet werden. Dazu diente auch unsere Kampagne: „**Gegen zwei Schulen unter einem Dach**“, die sich an Europarat, EU-Kommission, UNESCO sowie die Verantwortlichen auf dem Balkan richtete. In ihren Antworten beteuerten der Präsident der Europäischen Kommission (Jean-Claude Juncker) und der Commissioner Tibor Navracsics, dass sie im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen Bosniens diese Problematik entschieden angehen werden.

Gemeinsam mit unserer bosnischen GfbV-Sektion und **den bosnischen Opfer- und Bürgerrechtsverbänden** wandten wir uns gegen das am 25. September 2016 in der Republika Srpska **geplante Referendum**.

Als im Oktober 2015 Kosovo, Montenegro und Albanien zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden, veröffentlichten wir eine ausführliche Dokumentation über die Lage der Roma auf dem Westbalkan und sprachen mit EU-Parlamentariern im März 2016 in Belgrad, um auf die Folgen dieses umstrittenen Konzeptes aufmerksam zu machen. Ein kritischer Beitrag unserer Südosteuropa-Referentin erschien in der „**Not Safe At All. The Safe Countries of Origin Legislation and the Consequences For Roma Migrants**“ im Oktober 2016.

<https://www.rosalux.de/publication/42777/not-safe-at-all.html>

Roma

Der Menschenrechtsausschuss der Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen (UNMIK) im Kosovo (The Human Rights Advisory Panel/HRAP) veröffentlichte am 8. April 2016 die Empfehlung an die Vereinten Nationen (UN), Angehörige der Roma, Aschkali und Ägypter zu entschädigen, die 1999 bis 2012 in mit Schwermetallen verseuchten Flüchtlingslagern untergebracht waren. 138 Angehörige der Roma, Aschkali und Ägypter hatten mit der Unterstützung der GfbV beim HRAP geklagt, dass die UNMIK so ihre Menschenrechte verletzt habe. 2016 bezogen die UN zu der Empfehlung des HRAP keine Stellung und ließen die Geschädigten warten.

8. April 2016: Roma DAY: Als Mitglied des Bündnisses für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas beteiligte sich auch die GfbV an der Organisation einer Kundgebung anlässlich des Welt-Roma-Tages am 8. April 2016 gegen Antiziganismus.

Anlässlich der Gedenkstunde der Bundesregierung für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2016 organisierten wir Mahnwache mit Angehörigen der Roma unter dem Motto: **Abschiebung langjährig geduldeter Flüchtlinge ist Vertreibung! „Unsere“ Roma-Kinder dürfen nicht entwurzelt werden!** eine Mahnwache in Berlin. 30 Roma aus Serbien, Mazedonien und dem Kosovo, darunter viele Kinder, beteiligten sich daran. Eine Repräsentantin des Flüchtlingsrats Berlin übergab unseren Appell an Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Die *tageszeitung taz* berichtete darüber.

Mit Unterstützung der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus organisierten wir am 12. Oktober 2016 die **Podiumsdiskussion "Kein Ort für Roma?-Ein europäisches Volk auf der Flucht"** in unserem Victor-Gollancz-Haus in Göttingen.

Unser besonderes Engagement galt auch 2016 dem **Bleiberecht für die in Deutschland geborenen oder aufgewachsenen Kinder der Roma aus dem Kosovo**. Wir betreuen viele Roma, die von der Abschiebung bedroht sind wie zwei Göttinger Roma-Familien, deren Fall im Dezember 2015 und Anfang 2016 deutschlandweit für Aufsehen sorgte.

Unsere Südosteuropa-Referentin vertritt die GfbV bei der Niedersächsischen Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen, bei der Konferenz der niedersächsischen Flüchtlingsinitiativen sowie im Forum Menschenrechte. Sie ist außerdem Mitglied der Arbeitsgruppe Innen(-politik) des Forum Menschenrechte und wird so bei den Gesprächen im Innenausschuss des Deutschen Bundestages einbezogen.

Der GfbV-Repräsentant im Kosovo, Džafer Buzoli, dokumentierte die Lage der zurückgekehrten Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter vor Ort, unterstützte ihre Wiedereingliederung, half bei der Kommunikation mit kommunalen und zentralen Behörden. In mehreren Fällen forderte die GfbV die Verantwortlichen im Kosovo auf, bedürftigen Familien die erforderliche Finanzhilfe zu gewähren. Viele Rückkehrer wollten das Kosovo wieder verlassen. Eine Untersuchung der GfbV-Schweiz zeigte, dass sogar mehr als 70 Prozent der Zwangsrepatriierten tatsächlich wieder in die EU zurückkehren. Im Februar präsentierten wir in Priština unseren gemeinsam mit der GfbV- Schweiz erarbeiteten Bericht "Lost in Transition – The Forced Migration Circle of Roma, Ashkali and Balkan Egyptians From Kosovo" Vertreterinnen und Vertretern der amerikanischen, schweizerischen, französischen Botschaft sowie Repräsentanten des Europarats.

Wolfskinder

Am 8. Dezember 2016 luden wir zu dem Vortrag **Wolfskinder in Litauen – Letzte Zeitzeugen aus Ostpreußen kämpfen um Anerkennung** von Dr. Christopher Spatz in unser Victor-Gollancz-Haus ein. Das „Wolfskind“ Ursula Dorn berichtete ergänzend über ihr persönliches Schicksal. Dr. Christopher Spatz (Berlin) hat rund 50 Wolfskinder in Litauen getroffen und ihre Berichte aufgeschrieben. Frau Dorn zeichnete das Porträt einer Generation von Vertriebenen, die immer übergangen wurde und bis ins hohe Alter um Anerkennung kämpfen musste. Wir setzen uns dafür ein, dass die „Wolfskinder“ von deutschem Staat Wiedergutmachung erhalten.

Verschiedenes

Die Einzelfallarbeit und Bitten um Beratungen nahmen nicht ab: Seien es Anfragen von Flüchtlingen aus dem Kosovo, Serbien, Mazedonien, Syrien oder aus Eritrea, dem Südsudan oder aus Afghanistan. Wir unterstützten Klagen gegen negative Bescheide von Verwaltungsgerichten, verfassen selbst oder initiieren notwendige Gutachten zur Gesundheitssituation Einzelner, die ihnen zum Bleiberecht verhelfen.

Jasna Causevic

Menschenrechtsinitiativen der GfbV Bosnien und Herzegowina in 2016

Protest wegen Kennzeichnung des Tages der Republika Srpska

Als die Regierung der Republika Srpska am 9. Januar 2016 wieder den Tag der Republika Srpska feierlich beging, organisierten wir zusammen mit Hatidza Mehmedovic, unserer Koordinatorin für Srebrenica und Präsidentin des Opfervers „Srebrenica-Mütter“, einen Protest in der Stadt Srebrenica. Dabei forderten wir die gerichtliche Verfolgung der verantwortlichen Täter für den Genozid in Srebrenica und ihre Bestrafung. Hatidza Mehmedovic wurde als Hauptorganisatorin des Protestes sofort angezeigt. Bei der ersten Anhörung im Februar 2016 in Srebrenica entschied der Richter, dass sie wegen Unruhestiftung und Hassrede nicht angezeigt werden könne. Da sich die Staatsanwaltschaft

der Republika Srpska dieser Entscheidung jedoch widersetzte, wird ein neues Verfahren vor dem Kreisgericht in Bijeljina eingeleitet.

In Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde und unserem Vorstandsmitglied, Eli Tauber, Beauftragter für Kultur und Religion bei der Jüdischen Gemeinde Sarajevo, sowie dem Institut zur Erfassung von Kriegsverbrechen organisierten wir anlässlich des **Holocaust-Tages** (27. Januar) einen Vortrag für Studenten über Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien an Juden, Roma, Serben, Kommunisten und anderen während des Zweiten Weltkriegs. Eli Tauber berichtete als Experte für den Holocaust in Bosnien und Herzegowina über die Zahl der Opfer, ihre Vernichtung, jedoch auch über die vielen Menschen, die ihr Leben riskierten, um Opfern zu helfen und sie zu retten.

Mahnwache in Den Haag wegen Karadzic-Urteil

Am 24. März wurde das Urteil gegen Radovan Karadzic vor dem internationalen Kriegsverbrechertribunal ICTY in Den Haag verkündet. Zusammen mit der deutschen GfBV-Sektion organisierten wir eine Mahnwache vor dem Gebäude des Tribunals. In einer Presseerklärung machten wir noch einmal auf die Verbrechen von Karadzic und seiner Regierung aufmerksam. Wir forderten, dass Karadzic verurteilt werden muss, und betonten, dass Europa und die USA eine besondere Pflicht hätten, Bosnien wiederzuvereinigen. Die Richter des ICTY sprachen Karadzic jedoch wegen Genozids in sieben Gemeinden Bosniens (Bratunac, Foca, Kljuc, Prijedor, Sanski Most, Vlasenica und Zvornik) frei und verurteilten ihn nur wegen Genozid in Srebrenica und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in ganz Bosnien zu 40 Jahren Haft. Dabei haben seine Untergebenen schon höhere Strafen für die gleichen Taten erhalten, so z.B. Zdravko Tolimir, der zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

In allen unseren Aussagen gegenüber zahlreichen Journalisten aus der ganzen Welt drückten wir während unserer Aktion in Den Haag unsere Hoffnung aus, dass Karadzic im Appellationsverfahren doch noch in allen Anklagepunkten verurteilt und eine angemessene Strafe erhalten wird.

Gedenken für die Opfer von Prijedor

Zusammen mit Vereinen der überlebenden Opfer aus Prijedor organisierten wir am 31. Mai, dem **„Tag der weißen Armbinden“** eine Gedenkfeier. An diesem Tag ordnete die sog. Serbische Gemeinde Prijedor 1992 an, dass alle Nichtserben weiße Armbinden tragen und weiße Tücher aus ihren Fenstern hängen sollten, um sich so für alle erkennbar zu machen. Dann begannen dort Massentötungen und ethnische Säuberungen. Auch nichtserbische Kinder wurden umgebracht. Seit Jahren schon versuchen wir, die Errichtung eines Denkmals für die 102 getöteten Kinder aus Prijedor zu erreichen. Die Stadt hat dies bisher immer blockiert und verboten. An unserem Protest 2016 nahmen mehrere Hundert Menschen teil. Die Mehrheit von ihnen waren selbst Überlebende der Verbrechen in Prijedor wie auch Angehörige der getöteten Kinder. Alle trugen weiße Armbinden oder weiße Rosen in den Händen als Erinnerung an die Ermordeten von Prijedor.

Verbot der freien Bezeichnung der Sprache

Nach einer Verordnung des Ministeriums für Bildung der Republika Srpska wird an Schulen in der Republika Srpska das Fach „Bosnische Sprache“ nur noch als „Bosniakische Sprache“ bezeichnet. Dagegen haben wir protestiert. Bei den betroffenen Kindern handelt es sich um Kinder von Rückkehrern. Indem den Kindern die Möglichkeit genommen wird, ihre Sprache so zu bezeichnen, wie sie und ihre Familien es für richtig halten, werden ihre Menschenrechte verletzt. Außerdem wird es diesen Kindern unmöglich gemacht, ihre schulische Laufbahn außerhalb der Republika Srpska fortzusetzen, da ihre Zeugnisse wegen der Sprachbezeichnung dort nicht anerkannt werden. Obwohl die bosnischen Muslime sich selbst als „Bosniaken“ bezeichnen, heißt ihre Sprache „Bosnisch“. Eine bosniakische Sprache existiert nicht.

Protest gegen Referendum in der Republika Srpska

Gegen das geplante **Referendums am 25.September** 2016 über den Tag der Republika Srpska (9. Januar) haben wir mit scharfen Worten protestiert. Das Verfassungsgericht von BiH hat dieses Datum als unangebracht für die Kennzeichnung des Tages der Republika Srpska erklärt. Denn am 9. Januar 1992 wurde nicht nur die Republika Srpska ausgerufen, auch die Verbrechen gegen Nichtserben wurden eingeleitet. Doch die Regierung der Republika Srpska will diesen Tag feiern, obwohl die überlebenden Opfer des Genozids in BiH ganz deutlich erklärt haben, wie sehr sie dies verletzt. Wie erwartet war die Unterstützung für den Tag der Republika Srpska am 9. Januar mit 99,8 Prozent übergroß. Die Wahlbeteiligung lag bei 55,75 Prozent. Da die Bevölkerung einer Entität nicht über Entscheidungen staatlicher Institutionen urteilen kann, kann dieses Referendum zwar keine Auswirkungen auf institutioneller Ebene haben. Es hat jedoch sehr großen Einfluss auf die Zuspitzung der Spannungen innerhalb des Landes.

Hilfe für Frauen in Armut

Mit der Stiftung „Vielfalt der Kulturen“ haben wir versucht, ein kleines Frauenprojekt in dem Dorf Konjevic Polje, das zwischen Srebrenica und Bratunac liegt, zu unterstützen. Es handelt sich um **Schneiderkurse** für etwa zwölf Frauen, vor allem für zurückgekehrte Witwen und Töchter der Opfer des Srebrenica-Genozids. Sie lernen Kleidungsstücke, für sich selbst und ihre Familie, später auch auf Bestellung anzufertigen, um so ihr Budget etwas aufzustocken. Dies wäre eine große Hilfe für sie, denn die meisten von ihnen leben in großer Armut.

Recherchen für Revision

Das gesamte Jahr 2016 stand im Zeichen der Vorbereitungen für die **Revision des Urteils Bosnien und Herzegowina gegen Serbien** vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag (ICJ). Im Februar 2007 war Serbien nach einer Klage von Bosnien und Herzegowina wegen Genozid nur beschränkt schuldig gesprochen worden: Serbien wurde dafür verantwortlich gemacht, den Genozid in Srebrenica nicht verhindert zu haben. Den Völkermord hätten Polizei und Armee der Republika Srpska zu verantworten. Bosnien und Herzegowina wurde die Möglichkeit gegeben, innerhalb von zehn Jahren, bis Februar 2017, neue Beweise für die Verantwortung Serbiens an das Gericht zu liefern. Die Sektion Bosnien und Herzegowina der GfbV ist eine der vier Gründerorganisationen der Stiftung „Gerechtigkeit für BiH“, die für die

Umsetzung der Klage und nun auch der Revision zuständig ist. Fadila Memisevic, Direktorin der GfbV-BiH, ist im Moment Präsidentin des Vorstandes der Stiftung. Obwohl alle überlebenden Opfer die Einreichung des Revisionsantrags unterstützen, ist seine Vorbereitung sehr schwierig und kompliziert, da die Entität Republika Srpska und die dortigen Politiker alles daran setzen, die Revision zu stoppen.

Es gibt viele Beweise, die aus den Verfahren vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal stammen. Ein großer Teil von ihnen enthält Informationen, die den Staat Serbien mit den in Bosnien und Herzegowina verübten Verbrechen direkt in Verbindung bringen – von der Aufrüstung mit Waffen und Artillerie bis hin zu Verbrechen durch die Jugoslawische Armee.

Belma Zulcic und Fadila Memisevic

Indigene Völker

„Free Peltier“ – Auch Obama hat ihn nicht begnadigt

Der „Fall Peltier“ ist der einzige Einzelfall, der bereits seit Jahrzehnten vom Referat indigene Völker der GfbV betreut wird. Er ist typisch für die Behandlung indianischer Gefangener in den USA und für den Umgang aller US-Regierungen seit den 1970er Jahren mit dem indianischen Widerstand gegen unhaltbare Lebensbedingungen in den Reservaten und den Slums der Großstädte. Vor allem in den Städten entstand 1968 das American Indian Movement (AIM), dem auch Leonard Peltier angehörte. Er wird für den Tod von zwei FBI-Beamten im Zuge einer der damaligen Auseinandersetzungen verantwortlich gemacht, hat aber immer seine Unschuld betont. Auch gegen sein Urteil auf zweimal lebenslängliche Haft hat er so lange angekämpft, bis der Rechtsweg erschöpft war. Die GfbV hat sein Verteidigerkomitee in dieser langen Zeit immer wieder unterstützt, auch bei den zahlreichen Kampagnen, den jeweils amtierenden US-Präsidenten zu einer **Begnadigung des indianischen Bürgerrechtlers** zu bewegen. Barack Obama galt als großer Hoffnungsträger. Deshalb haben wir in 2016 vielfach Gelegenheiten genutzt, unseren Appell an ihn heranzutragen.

So schrieben GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch und GfbV-Vorstandsmitglied Dr. Kurt Weber an Obamas Frau Michelle und seine Schwester Auma, sich bei dem US-Präsidenten für Peltiers Begnadigung zu verwenden. Zum ersten Mal überhaupt gelang es der Referentin für indigene Völker Yvonne Bangert im Rahmen einer **Mahnwache** vor der US-Botschaft im Februar in Berlin, **einem Mitarbeiter der Botschaft persönlich eine Nachricht der GfbV** zu übergeben mit Appellen zahlreicher Prominenter an Obama. Kontakt mit der Außenwelt lassen die Sicherheitsstandards der nordamerikanischen Diplomaten in dieser Form normalerweise offenbar nicht zu. Als Obama gemeinsam mit Kanzlerin Angela Merkel im April 2016 die Hannover Messe eröffnete, baten wir ihn bei zwei **Mahnwachen** in Niedersachsens Landeshauptstadt für den seit nunmehr 40 Jahren unschuldig Inhaftierten: „Mr. President, bitte schenken Sie Leonard Peltier die Freiheit!“. Im Rahmen einer **Konzertlesung** in unserem Victor-Gollancz-Haus in Göttingen mit den indianischen Musikern Mitch Walking Elk und Wade Fernandez sowie dem Buchautor Michael Koch bekräftigten wir unseren Appell ein weiteres Mal. Wir nahmen am **„Symposium Free Peltier“** der Nordamerika-Unterstützergruppen aus dem deutschsprachigen Europa im Oktober in Heidelberg teil, das die GfbV als Sponsor unterstützt hat. Und auch der letzte Deutschlandbesuch von Obama im Dezember in Berlin wurde begleitet von einer GfbV-**Mahnwache**. Leider hat sich der US-Präsident gegen eine Begnadigung von Peltier entschieden. Sein Verteidigerkomitee lotet jetzt die verbliebenen Möglichkeiten aus, die Haftentlassung des schwerkranken 73-Jährigen doch noch zu erwirken. Wir werden es auch weiterhin unterstützen.

USA: Native Americans / DAPL / Standing Rock

Im Oktober 2016 begann die GfbV, sich an der **Kampagne zur Unterstützung der Standing Rock Sioux gegen die Dakota Access Pipeline (DAPL)** zu beteiligen. Wir veröffentlichten einen ausführlichen und gut besuchten **Blog** zu diesem Themenbereich, der ab Anfang 2017 unter dem Dach des Blogs über die Indigenenpolitik von Präsident Trump weitergeführt wurde. Wir gaben mehrere kritische Pressmeldungen über die Beteiligung deutscher Banken an der Ko-Finanzierung des Projekts heraus und forderten einen vorübergehenden

Baustopp. GfbV-Beiratsmitglied Claus Biegert reiste als Beobachter ins Widerstandscamp der Sioux in Standing Rock und dokumentierte seinen Aufenthalt mit einem Artikel in der GfbV-Zeitschrift pogrom. Als Teil des Blogs entstand auch ein Erklär-Video zur DAPL-Thematik. Außerdem gab die GfbV-Referentin Yvonne Bangert zum Jahresausgang anlässlich der drohenden Zwangsräumung des Standing-Rock-Camps ein Video-Interview.

Brasilien

Die **Situation der indigenen Völker in Brasilien** hat sich unter der Präsidentschaft von Dilma Rousseff und noch einmal seit Amtsübernahme durch den derzeitigen Präsidenten Michel Temer **drastisch verschlechtert**. Mehrere Gesetze und Verfassungsänderungen sollen die Landrechte und die Verfügung über Rohstoffe in indigenen Schutzgebieten Großgrundbesitzern und der Agrarlobby zugute kommen lassen. Wir nahmen daher die Olympischen Sommerspiele 2016 zum Anlass, um mit **Pressearbeit und Vorträgen**, hier vor allem zusammen mit den Regionalgruppen in Hamburg und Berlin, auf diese zunehmend dramatischen Verhältnisse hinzuweisen. Die vier Flyer mit Basisinfos zur Situation der indigenen Völker wurden aktualisiert und neu aufgelegt.

Damit setzten wir die **Lobbyarbeit** fort, die im Jahr zuvor mit unserer Delegation aus Ashaninka, Puyanawa, unserer Brasilienexpertin Eliane Fernandes und Michaela Böttcher von unserem Social-Media-Team beim Weltklimagipfel in Paris einen ihrer bisherigen Höhepunkte erreicht hatte. Videos wurden erstellt und veröffentlicht mit Stellungnahmen von Eliane Fernandes Ferreira (02/2016 und 07/2016), Informationen von GfbV-Referentin Yvonne Bangert zur Arbeit von Benki Piyãko und zur Lage der indigenen Völker in Brasilien vor den Olympischen Sommerspielen (07/2016) sowie zum Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidentin Bachelet und zum Thema Staudämme (08/2016).

Chile

Gleichbehandlung vor Gerichten und Behörden, **Abschaffung des Antiterrorgesetzes aus der Pinochet-Diktatur**, das heute nur noch gegen Mapuche angewendet wird, und abgesicherter Landbesitz sind wichtige Kernforderungen der **Mapuche, der größten ethnischen Minderheit** in Chile. Deshalb appellierten wir an den damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck, sich bei seinem Staatsbesuch in Chile im Juli 2016 für einen Dialog zwischen Mapuche und Staat sowie für Gleichbehandlung von Mapuche und Nicht-Mapuche einzusetzen. Wir akkreditierten Rafael Railaf vom Netzwerk der Exil-Mapuche in den Niederlanden beim **Permanenten Forum der indigenen Völker** bei den UN in New York, damit er die Mapuche vor diesem Gremium vertreten konnte. Im Dezember erreichte uns ein Hilferuf für die **Machi Franzisca Linconao**, die schon im März-2016 zum zweiten Mal im sog. „Caso Luchsinger“ wegen angeblicher Beteiligung an einer Brandstiftung mit Todesfolge angeklagt worden war. In einem ersten Verfahren wurde sie 2013 freigesprochen, dann aber aufgrund einer neuen Zeugenaussage erneut angeklagt. Der Zeuge widerrief zwar seine Aussage gleich bei der ersten richterlichen Vernehmung, trotzdem wurde gegen Machi Linconao und neun weitere Mapuche Anklage erhoben. Mehrfach wurde die Machi, die als Heilerin und Schamanin freien Zugang zu Heilkräutern und Gebetsplätzen braucht, zwischen der Haftzelle und dem Hausarrest hin und her geschickt, bis sie schwer erkrankte und in den Hungerstreik trat: Sie wollte erreichen, dass sie ihren Prozess im Hausarrest abwarten kann. Wir unterstützten

ihren Appell mit mehreren Briefen. Im Internet veröffentlichten wir ein oft abgerufenes **Video**, auf dem wir die Lage der Mapuche erklären (07/2016).

Australien

Gemeinsam mit der ehrenamtlichen GfbV-Australien-Koordinatorin Marion Caris aus Berlin und unserem Berliner Büro unterstützten wir eine **Kampagne von Aboriginal Australians für die Rückgabe von Kulturgütern aus europäischen Museen**, die während der Kolonialzeit geraubt worden waren. Insbesondere ging es um den sog. Gweagal Shield, der bei der Landung von Kapitän Cook in der Botany Bay 1770 zusammen mit einigen Speeren von den Briten mitgenommen wurde. Die Aboriginal Australians, die sich damit verteidigt hatten, waren getötet worden. Marion Caris begleitete die Gäste aus Australien zwei Wochen lang bei mehreren **Gesprächen und Veranstaltungen in Berlin und Leipzig**. Sie wollen den Gweagal Shield und weitere, ihren Vorfahren geraubte Gegenstände bis 2020, wenn sich die Landung in der Botany Bay zum 250. Mal jährt, nach Australien zurückholen. Ein Mitglied der Gruppe, der Aboriginal Australian Roxley Foley, hat sich vorübergehend in Dresden niedergelassen, um die Aktivitäten zu koordinieren.

Yvonne Bangert

Indigene Völker in der Russischen Föderation

Im Frühjahr 2016 besuchte uns eine Delegation aus Sibirien. Vladislav Tannagashev und Dima Berezhkov sind indigene Menschenrechts- und Umweltaktivisten, die in ihrer Heimat verfolgt werden. Herr Berezhkov musste deshalb nach Norwegen fliehen. Vladislav Tannagashev setzt sich für sein Volk, die **Schoren in Südsibirien**, ein. Die rücksichtslose seit Jahrzehnten andauernde Steinkohleförderung bedroht die Schoren, ihre Dörfer wurden schon abgerissen, die Natur ist zerstört. Deutschland importiert Steinkohle aus Südsibirien und trägt daher eine Mitverantwortung für das Schicksal der Menschen in der Förderregion. Nun werden auch noch diejenigen verfolgt, die versuchen, das Überleben des Volkes zu sichern. Die **Verfolgung dokumentierten wir in einem Report** und organisierten dann gemeinsam mit unserer ehrenamtlichen Koordinatorin Tjan Zaotschnaja viele **Gespräche mit Politikern, Journalisten und Personen aus der Energiewirtschaft sowie Menschenrechtlern**, die an dem Thema Steinkohle Interesse haben in München und Berlin sowie eine **Protestaktion** vor der RWE Aktionärsversammlung in Essen. In Berlin gestalteten wir gemeinsam mit dem deutsch-russischen Austausch einen gut besuchten **Abend in der Heinrich-Böll-Stiftung**. Wir unterstützten Tannagashev und seine Frau auch in ihren Aktivitäten in **Genf bei der UN**. Leider gelang es trotz vielfältiger Bemühungen bislang nicht, der Familie Tannagashev, die zunehmend bedroht wird, einen zeitweiligen Aufenthalt im Ausland zu ermöglichen, damit sie dort einerseits in Sicherheit wäre und andererseits ihre Arbeit intensivieren und professionalisieren könnte.

Sarah Reinke

Die GfbV bei den UN

Auch im Jahr 2016 nutzten wir unseren UN-Status mit vielen **schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen** zu verschiedensten Menschenrechts- und Minderheitenthemen, die wir beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf einreichten. Unter anderem thematisierten wir die Lage im bürgerkriegsgeschüttelten **Südsudan**, die Verfolgung der muslimischen **Rohingya in Burma**, die prekäre Lage der **Roma und Ashkali im Kosovo**, die systematische Verfolgung von **Tibetern und Uiguren** durch die chinesische Regierung, die Unterdrückung der **Oromo** und anderer ethnischer Gruppen in Äthiopien. Eine wesentliche Funktion unserer Arbeit ist es auch, verfolgten Gruppen die Möglichkeit zu bieten, ihre Anliegen vor internationalen Gremien wie den Vereinten Nationen selbst vorzutragen. Wir sorgten dafür, dass Rafael Railaf von den **Mapuche** in Chile an der jährlichen Konferenz des einzigen ständigen Forums für indigene Völker bei den Vereinten Nationen, des Permanenten Forum for Indigenous Issues (PFII) in New York teilnehmen konnte.

Im März 2016 veranstalteten wir beim Menschenrechtsrat zwei **Diskussionsrunden über die Verfolgung der Rohingya** in Burma und die anhaltende **Sklaverei in Mauretanien**. Rohingya berichteten über die systematische Verfolgung ihrer muslimischen Volksgruppe und formulierten ihre Erwartungen an die neu gewählte Regierung unter der Partei von Aung San Suu Kyi. Ebenfalls auf dem Podium war ein Vertreter der in Thailand ansässigen Nichtregierungsorganisation Fortify Rights, die kurz zuvor eine Dokumentation über die prekäre Lage von Rohingya-Flüchtlingen in den Nachbarländern Burmas vorgelegt hatte. Der im britischen Exil lebender burmesischer Aktivist Maung Zarni berichtete, wie er selbst einst die Rohingya nicht als vollwertige Staatsbürger und Menschen angesehen hatte. Es habe lange gedauert, seine eigenen rassistischen Ansichten zu reflektieren und schließlich zu überwinden. Am Tag darauf nahmen wir an einer Demonstration der Rohingya teil, auf der wir ein Ende der Verfolgung in Burma forderten.

Viele Staaten versuchen, den Menschenrechtsrat in Genf zu nutzen, um die eigene Menschenrechtspolitik in einem positiven Licht darzustellen. Umso wichtiger ist es, unseren UN-Status zu nutzen, um dieser **häufig geschönten Darstellung** eine Sichtweise entgegenzustellen, die die **tatsächliche Situation** von religiösen und ethnischen Minderheiten und indigenen Völkern **realistisch aufzeigt**. Auf einer gemeinsam mit der Organisation *Unrepresented Peoples and Nations Organisation* (UNPO) organisierten Veranstaltung zum Thema Sklaverei kam es zu einem erbitterten Streit zwischen Anti-Sklaverei-Aktivisten und Regierungsvertretern. Abidine Ould-Merzough, Europa-Repräsentant unserer Partnerorganisation *Initiative zur Abschaffung der Sklaverei* (IRA) und GfbV-Ehrenmitglied, berichtete, mit welchen Mitteln die mauretanische Regierung Sklaverei leugnet und Sklaverei-Gegner bekämpft. Eigens von der mauretanischen Regierung eingeflogene Landsleute versuchten, das Thema Sklaverei kleinzureden. Gemeinsam mit Abidine Ould-Merzough sprachen wir zudem mit dem Büro des **UN-Sonderberichterstatters für extreme Armut**, um vor dessen bevorstehender Reise nach Mauretanien über die Lage der Sklaven zu informieren.

Bei der September-Sitzung des Menschenrechtsrates veranstalteten wir einen sogenannten **Side Event zur Lage der Minderheiten in China**. Die Tibeterin Nyima Lhamo, Nichte des in chinesischer Haft verstorbenen tibetischen buddhistischen Lehrers Tenzin Delek Rinpoche, berichtete über ihren Onkel, seine Arbeit und ihre Flucht von Tibet nach Indien. Dolkun Isa

vom Weltkongress der Uiguren schilderte die Einschränkungen der Religionsfreiheit der Uiguren. Ebenfalls sprachen wir auf einer Veranstaltung über die Lage der von Marokko rechtswidrig besetzten **Westsahara** sowie auf einer Demonstration vor dem Gelände der Vereinten Nationen.

Auf dem Minderheiten-Forum der UN im November 2016 führten wir gemeinsam mit unseren Partnern von der UNPO eine gut besuchte Veranstaltung über Minderheiten in humanitären Krisen durch. Es sprachen Vertreter der **Uiguren, Mongolen, Balutschen, Ahwaz, Chittagong Hill Tracts, Ogoni** und Äthiopiens **Ogaden**-Region sowie GfbV-Ehrenmitglied Abidine Ould-Merzough zur Lage der Sklaven und Anti-Sklaverei-Aktivisten in **Mauretanien**. Eine Vertreterin des mauretanischen Regimes griff am Ende der Veranstaltung Abidine Ould-Merzough und die IRA verbal an, Abidine Ould-Merzough reagierte jedoch souverän.

Im Plenum des Minderheiten-Forums trugen wir eine Stellungnahme der IRA zur Lage der Sklaven und Anti-Sklaverei-Aktivisten in Mauretanien vor. Die mauretanische Regierung unterbrach den Vortrag. Daraufhin forderte der Schweizer Vertreter, dass wir weitersprechen sollten, was wir nach einigem Hin- und Her auch tun konnten. Die Achse China-Russland-Iran-Kuba-Venezuela-Syrien-Pakistan arbeitet bei den Vereinten Nationen bei der Bekämpfung von Menschenrechtsorganisationen eng zusammen. Staatenvertreter des "Westens" setzten sich dafür ein, dass die Stellungnahmen alle vorgetragen werden konnten.

Hanno Schedler

Aktionen und Veranstaltungen

Im Jahr 2016 wurden von unserem Aktionsreferenten Daniel Matt insgesamt 17 kreative Straßenaktionen, drei Vorträge, zwei Konzerte, eine Filmaufführung, unser Auftritt bei der Leipziger Buchmesse, das bundesweite Regionalgruppentreffen und die GfbV-Jahreshauptversammlung organisiert. Hier einige ausgewählte Veranstaltungen und Aktionen in Bildern:



2. Februar 2016: Übergabe von Unterschriften für die Begnadigung des indianischen Bürgerrechtlers Leonard Peltier an einen Vertreter der US-Botschaft in Berlin.



17. – 20. März 2016: Messestand für indigene Umweltschützer auf der Leipziger Buchmesse.



22. April 2016: Mahnwache für die Aufklärung des Schicksals zweier in Syrien verschwundener Bischöfe.



20. April 2016: Mahnwache vor der RWE-Hauptversammlung für von Kohleabbau betroffene indigene Völker in Russland.



22. Mai 2016: Gedenkaktion für den verschwundenen Umweltschützer Bruno Manser in Göttingen.



12. Mai 2016: Demo mit Angehörigen der Oromo vor einer Äthiopien-Konferenz in München.



9. August 2016: Aktion anlässlich des Tages der indigenen Völker in Göttingen.



3. August 2016: Mahnwache für Mauretanische Menschenrechtler vor der mauretanischen Botschaft in Berlin.



7. September 2016: Mahnwache für humanitäre Hilfe für syrischen Kurden.



5. Oktober 2016: Demo mit Appell an die EU, Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen.



23. November 2016: Demo für Menschenrechte für Tibeter in Hamburg.

Besonderer Dank gilt Axel Hannmann, Marieke Behrens, Moritz Sardowski, Romy Siegler und Frauke Binnemann, die als Praktikantinnen und Praktikanten das Aktionsreferat im Jahr 2016 tatkräftig unterstützten.

Daniel Matt

Homepage und Neue Medien

Hier eine Nachricht bei Facebook, dort ein Foto bei WhatsApp, schnell nochmal die Nachrichten schicken und schauen, ob der Zug pünktlich ist. 78 Prozent der Deutschen nutzten 2016 bereits ein Smartphone. Dazu kommen Tablets, Laptops und Computer. Ohne sie wäre unser Alltag nicht mehr vorstellbar. Es ist daher für die Gesellschaft für bedrohte Völker immens wichtig, ihre Arbeit im Internet zu präsentieren und auf Menschenrechtsthemen aufmerksam zu machen.

Die Visitenkarte im Internet ist nach wie vor unsere **Homepage** www.gfbv.de. 2016 besuchten 86.261 Nutzer die Seite. Besonders beliebt war dabei die Seite *Aktuelles*, auf der die neuesten Pressemitteilungen, Veröffentlichungen wie Menschenrechtsreporte und Videos zu Menschenrechtsthemen übersichtlich zu finden sind und die beinahe täglich aktualisiert wird. Weitere beliebte Seiten waren 2016 die Hintergrundtexte über bedrohte *Völker, Länder und Regionen*, der *Online-Shop*, die Überblicksseite zu den ehrenamtlichen *Regionalgruppen* und die Informationsseite über den *Bildkalender 2017 „Trautes Heim“*. Besonders erfreulich ist auch, dass die Seite für junge Menschen, die ein *Praktikum* bei uns machen möchten, ebenfalls häufig angeklickt wurde.

Das Interesse an Informationen über ethnische und religiöse Minderheiten ist groß. Um dem Bedürfnis von Nutzern im Internet nach weiteren Informationen und Fakten entgegen zu kommen, veröffentlichte die GfbV auch 2016 wieder viele ausführliche Kommentare zu aktuellen Themen und Hintergrundberichte kostenlos auf ihrem **Blog**. So konnten wir 2016 **28 Prozent mehr Leser und Leserinnen** gewinnen. Vor allem der Artikel über die Lebensgeschichte der yezidischen Aktivistin Nadia Murad und der persönliche Brief einer jungen Alevitin an ihre Heimat, die Türkei, führten zu einer größeren Reichweite unseres Blogs. Die Vielzahl der veröffentlichten Artikel wie beispielsweise über die Lage in Syrien, die First Nations Politik in Kanada, die gefährliche Politik des tschetschenischen Regierungschefs oder auch über die zerbrochenen Träume von Roma-Frauen aus Osteuropa spiegelt dabei das breite Spektrum unserer Arbeit wider.

Laut der ARD/ZDF-Onlinestudie waren 22 Prozent der Deutschen 2016 täglich auf **Facebook**. Es ist daher nicht verwunderlich, dass dieses soziale Netzwerk auch 2016 das **wichtigste Onlinemedium für die Internetkommunikation der GfbV** war. Täglich – und unsere online-Redakteurin Michaela Böttcher lässt da auch das Wochenende nicht aus – werden durchschnittlich zwei Nachrichten, Fotos oder Videos den Followern zur Verfügung gestellt. Während in den Jahren zuvor das Angebot durch die Verknüpfung mit verschiedenen Diensten wie **Soundcloud** für Audio und **YouTube** für Videos genutzt wurde, lancierte Facebook seine eigene Videoplattform, mit deren Hilfe Videos eine größere Reichweite generieren können. Und so stellte auch die GfbV ihr Angebot um und veröffentlicht die Videos nun direkt bei Facebook. Dadurch erreichte sie mehr Facebook-Nutzer, was sich durch erhöhte „Gefällt-mir“-Angaben und eine höhere Followerzahl zeigt. Letzteres konnte 2016 **auf 8.701 Fans verdoppelt** werden.

Um das Angebot für Internetnutzer, die nicht bei Facebook sind, nicht zu verringern, werden Videos weiterhin bei YouTube hochgeladen. Auch benutzt die GfbV den Kurznachrichtendienst **Twitter** aktiv und konnte dort ihre **Reichweite um 55 Prozent erhöhen**. Und zur Abrundung des Online-Angebots wird das soziale Netzwerk **Instagram**, in dem Fotos und Kurzvideos geteilt werden, ebenfalls von der GfbV genutzt. Instagram ist mittlerweile das **zweithäufigste genutzte Netzwerk nach Facebook und 90 Prozent seiner**

Nutzer sind jünger als 35 Jahre. Es bietet sich also an, durch visuelle Beiträge die Themen und die Arbeit der GfbV einem jüngeren Publikum zu präsentieren.

Neben all den neuen technischen Möglichkeiten stellt das Versenden des **Newsletters** für **mehr als 10.000 Abonnenten** eine wichtige Informationsquelle dar. In den 23 Newslettern, die die GfbV 2016 versandte, wurde Einblick in die Themen und die Arbeit der GfbV gegeben, über die neuesten Ausgaben unserer Zeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“ informiert, auf Veranstaltungen aufmerksam gemacht. Auch bekamen die Abonnenten die Möglichkeit, sich an Online-Petitionen zu beteiligen. Vor allem die Petition an Entwicklungsminister Gerd Müller zum Thema „Blutrosen aus Äthiopien“ stieß auf großes Interesse und wurde besonders häufig unterschrieben.

Michaela Böttcher



DIE GFBV ONLINE 2016

STATISTIKEN

2016 konnte der Aufwärtstrend in der GfbV-Onlinearbeit vor allem in den sozialen Netzwerken weiter ausgebaut werden. Bei Facebook und Twitter erreichten wir viel mehr Nutzer und Interessierte als 2015 und konnten die Zahl der Interessierten auch im Jugendnetzwerk Instagram massiv erhöhen.

WARUM NEUE MEDIEN?



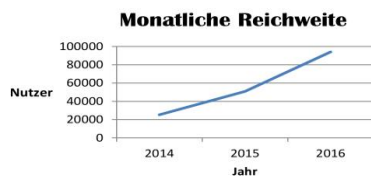
BLOG



INSTAGRAM



FACEBOOK



TWITTER



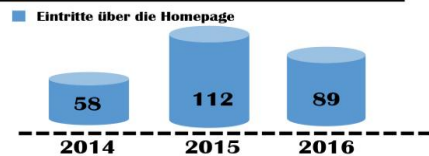
SPENDEN



NEWSLETTER



MITGLIEDER, FÖRDERER, ABOS



HOMEPAGE



Insgesamt besuchten 86.261 Nutzer 2016 die GfbV-Homepage und blieben im Durchschnitt genauso lange wie 2015. Die Anzahl der Seiten, die unsere Besucher anklickten, lag 2016 bei 2,47 Seiten pro Besucher. Die Dauer und die Anzahl der Inhalte ist entscheidend für Besucher, ob sie zu dieser Homepage zurückkehren. Das wiederum erhöht die Spendenbereitschaft.

Presse

226 Pressemitteilungen, Ankündigungen von Menschenrechtsaktionen und Einladungen zu Veranstaltungen hat unsere Pressereferentin Inse Geismar 2016 an die Medien versandt. Die meisten gingen an den sogenannten bundesweiten Verteiler, andere wurden gezielt an die Medien in bestimmten Städten oder Bundesländern oder nur Journalisten mit ausschließlichem Interesse an einem bestimmten Thema geschickt. Wir kritisierten oder kommentierten Entscheidungen der Bundesregierung, Verlautbarungen einzelner Politiker oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, richteten Appelle an Bundeskanzlerin oder Bundespräsident. Wir berichteten über die aktuelle Lage ethnischer und religiöser Minderheiten, veröffentlichten mediengerecht aufbereitet die von uns recherchierten Fakten und machten auf Verfolgung und Unterdrückung aufmerksam. Wir gaben aber auch Hilferufe bedrohter Volksgruppen an die Medien weiter und informierten so über Notsituationen.

Unsere Erklärungen erhielten ganz unterschiedliche Resonanz: Wenn Agenturen unsere Informationen, Kommentare oder unsere Kritik aufnahmen, war unser Name in sehr vielen Zeitungen zu lesen oder in den Rundfunk- und Fernsehnachrichten zu hören: So umfasst das Presseecho auf unsere Medienmitteilung anlässlich des China-Besuchs von Joachim Gauck im März einen halben Aktenordner, denn der Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur dpa in Peking hatte unsere Forderungen an den Bundespräsidenten aufgegriffen, sich für Glaubensfreiheit, unterdrückte Minderheiten und verfolgte Menschenrechtler einzusetzen. Gerade kirchliche Medien interessierten sich für unsere Meldungen über Verletzungen der Religionsfreiheit – sei es in Ägypten, wo die Kopten stark unter Diskriminierung leiden, sei es in der Türkei, in der Aleviten aufgrund ihres Glaubens schikaniert werden, oder in anderen Ländern wie China oder Pakistan. Vor allem in den Sommermonaten waren Diskriminierung und Verfolgung aufgrund von Religionszugehörigkeit immer wieder Thema unserer Menschenrechtsarbeit. Unsere Mahnung, während der Olympischen Spiele in Brasilien die noch immer um ihre Rechte ringende indigene Bevölkerung des Landes nicht zu vergessen, erreichte im August über zahlreiche Zeitungen einen großen Leserkreis. Vor allem der Evangelische Pressedienst hatte es als seine besondere Aufgabe gesehen, unsere Medienmitteilung über die traurige Lage der Ureinwohner, deren Stimme weltweit viel zu wenig zu hören ist, weiterzutragen. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel im Herbst nach Afrika reiste, erzielten unsere Pressemitteilungen und Menschenrechtsaktionen, mit denen wir gemeinsam mit Oromo aus Äthiopien und Darfuris aus dem Westsudan davor warnten, Despoten zu hofieren, um Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa aufzuhalten, eine beachtliche Resonanz in den Medien.

Regelmäßig meldeten sich Journalisten aus Politikredaktionen einzelner Tageszeitungen oder Rundfunksender wie der Tagespost, der Deutschen Welle oder auch Radio Lora bei uns, um Hintergrundinformationen zu erhalten, unsere Einschätzung zu erfragen oder einen Kommentar zu erbitten. Mehrfach kamen auch Kamerateams zu uns nach Göttingen, um eine Referentin oder einen Referenten zu interviewen. Ab und zu wurde sie jedoch auch in ein Fernsehstudio gebeten oder sogar über den Instant-Messaging-Dienst Skype Rede und Antwort gestanden.

Über ihre Recherche zu speziellen Themen stießen auch Auslandskorrespondenten mehrerer Tageszeitungen über das Internet zu uns: Sie hatten wichtige Informationen auf unserer Homepage gefunden und meldeten sich, um Interviews zu führen, Hintergrundinformationen zu erhalten oder aktuelle Entwicklungen zu erfragen.

Wie auch in den vergangenen Jahren baten Rundfunkredakteure aus den unterschiedlichsten Länderabteilungen vor allem der Deutschen Welle um Interviews, nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Französisch, Englisch oder Russisch, Medien des Nahen Ostens auch auf Kurdisch oder Arabisch und trugen so unsere Stimme zur Verteidigung unterdrückter Minderheiten in ihre Herkunftsländer.

Wirkungsbeobachtung

Der Erfolg unserer Medienarbeit ist in gewisser Weise messbar an der Menge der Zeitungsausschnitte, in denen die GfbV erwähnt wird. Ein Ausschnittdienst durchsucht täglich die vielen Zeitungen und Zeitschriften Deutschlands einschließlich ihrer Regionalausgaben nach unserem Namen und sendet uns die Zeitungsartikel zu. Im Archiv unserer Mitarbeiterin Iris Castro stehen **elf dicke Aktenordner Medienecho 2016**. Wir erreichten also allein über die Printmedien einen **riesigen Leserkreis**. In den Beiträgen wurde nicht nur aus unseren Pressemitteilungen zitiert. Oft genug gaben auch unsere Menschenrechtsaktionen Anlass zur Berichterstattung oder zum Abdruck eines Fotos. Mal wurden unsere Forderungen oder unsere Kritik an politischen Entscheidungen nur in ein oder zwei Kernsätzen wiedergegeben, mal kamen unsere Referenten ausführlich zu Wort, mal zitierten die Autoren von uns veröffentlichte Zahlen und Fakten. Darüber hinaus recherchieren wir auch, welche Online-Redaktion Beiträge, in denen wir erwähnt werden, gepostet hat.

Medien „machen Meinung“ – und lassen Leserinnen und Leser, Hörerinnen und Hörer auch ein Urteil fällen über die Politik unserer Regierung, einzelner Abgeordneter und natürlich der Parteien. Diese wiederum beobachten ganz genau, wie ihre Arbeit kritisiert oder kommentiert wird, lesen oder hören so, was der Zivilgesellschaft wichtig ist und wie ihre Politik ankommt. Sie erfahren auch über die Medien, welche politischen Entscheidungen Menschenrechtsorganisation wie die Gesellschaft für bedrohte Völker zum Wohle von Menschen verlangen, die weit weg im Ausland doch von den Entscheidungen unserer Politiker betroffen sind.

Auch wenn dieser Prozess im ersten Augenblick oft kaum zu bemerken ist, sind langfristig die Auswirkungen etwa von Investitionen deutscher Firmen in fernen Ländern oder die Lieferung deutscher Rüstungsgüter an autoritäre Regimes spürbar. Schon deshalb erinnern wir auch über unsere Pressearbeit immer wieder an die große Verantwortung, der deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik weltweit gerecht werden muss.

Inse Geismar

Publikationen

GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker- pogrom

2016 erschienen acht Ausgaben unserer Zeitschrift bedrohte Völker – pogrom. Damit ist es uns endlich gelungen, den jahrelangen Rückstand aufzuholen.

5/2015 (Nr. 290) – Indigener Umweltschutz: **Hüter der Erde**

6/2015 (Nr. 291) – Naher Osten: **Kurdistan brennt**

1/2016 (Nr. 292) – 50 Jahre Kulturrevolution: **Maos Schreckensherrschaft wirkt bis heute fort**

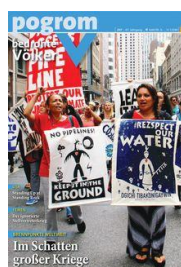
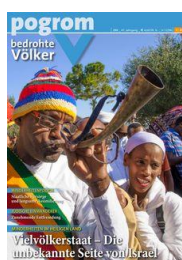
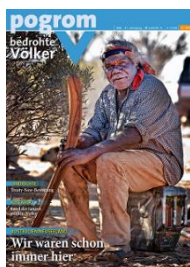
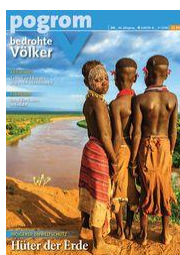
2/2016 (Nr. 293) – Starke Frauen: **Jetzt sprechen wir!**

3/2016 (Nr. 294) – Indigene Völker in Australien und Neuseeland: **Wir waren schon immer hier!**

4/2016 (Nr. 295) – Minderheiten im Heiligen Land: Vielvölkerstaat – **Die unbekannte Seite von Israel**

5/2016 (Nr. 296) – Flüchtlinge und Migranten in Deutschland: **Wollt ihr unsere Geschichten hören?**

6/2016 (Nr. 297) – Brennpunkte Weltweit: Im Schatten großer Kriege



Indigene Völker sind häufig die Ersten, die die Folgen des Klimawandels zu spüren bekommen, denn sie leben oft in empfindlichen Ökosystemen. Sie gehen nachhaltig mit der Natur um, schließlich leben sie von und mit dem Land. Ihr Rat zu den Themen Umwelt- und Klimaschutz ist unentbehrlich. Dennoch werden indigene Völker von bedeutenden Treffen wie der UN-Klimakonferenz 2015 ferngehalten und ihre Stimmen ignoriert. In einigen Ländern bezahlen sie ihren Einsatz für die Umwelt mit ihrer Freiheit oder ihrem Leben. Diesen bewundernswerten Schützern der Natur widmeten wir Heft Nr. 290

Seit mehr als 100 Jahren ringen die Kurden um Autonomie und die Wahrung ihrer Rechte. Doch die Staaten, in denen sie leben, Türkei, Iran, Irak und Syrien, haben ihnen dies mit aller Macht verwehrt. Auch heute sind sie bedroht: vom Islamischen Staat, anderen radikalen Milizen bis hin zum türkischen Präsidenten Erdogan, der mit schwerem Geschütz gegen die Kurden im Südosten des Landes vorgeht. In Heft Nr. 291 berichteten wir auch über positive Entwicklungen: Die Autonome Region Kurdistan im Nordirak sowie Rojava in Syrien zeigen, dass die Kurden dazu fähig sind, eigenständig demokratische Strukturen aufzubauen und gleichberechtigt mit anderen Völkern und Religionen zusammenzuleben.

2016 jährte sich die Kulturrevolution in China zum 50. Mal. Anlass für uns, darüber in Heft Nr. 292 zu berichten. Die Kulturrevolution brachte unendliches Leid über das Land, denn die chinesische Führung unter Mao Zedong verübte schwerste Menschenrechtsverletzungen – vor allem an Mongolen, Uiguren und Tibetern, deren Schicksal nahezu unerwähnt bleibt, wenn über die Kulturrevolution publiziert wird. Die Täter von damals wurden bis heute nicht bestraft. Im China des 21. Jahrhunderts werden jedoch immer häufiger wieder Methoden der Einschüchterung und Verfolgung aus der Zeit der Kulturrevolution angewandt.

In vielen Teilen der Welt ist es noch immer ein Nachteil, eine Frau zu sein. Mitspracherechte werden ihnen verwehrt, nach wie vor bestimmen Männer das politische und gesellschaftliche Leben. Doch immer mehr Mädchen und Frauen begehren auf und fordern Mitbestimmung. Mutig, engagiert und oft unter Lebensgefahr rufen sie Projekte und Initiativen ins Leben, um die Umwelt zu schützen oder ihre bedrohte Kultur vor dem Untergang zu bewahren. In Heft Nr. 293 kommen sie Wort.

„Wir waren schon immer hier“, sagen Aboriginal People in Australien, wenn sie gefragt werden, woher sie kommen. Die britischen Kolonisatoren sahen das damals aber anders. Sie erklärten den fünften Kontinent zur Terra Nullius, zum Niemandsland, das keinem Menschen gehört. Bis heute ringen die Aboriginal People um ihre Rechte. Sie fordern rechtsgültige Verträge mit der Bundesregierung, damit sie selbst über ihr Land bestimmen können, um es etwa vor Raubbau zu schützen. In Heft Nr. 294 zeigten wir auch, dass ihre Bewegung immer größer wird.

Die öffentliche Wahrnehmung von Israel könnte unterschiedlicher kaum sein: Heiliges Land für die drei monotheistischen Weltregionen, Dauerkonflikt zwischen Juden und Palästinensern, einzige Demokratie im Nahen Osten oder Besatzerstaat. Bei alledem wird jedoch häufig vergessen, dass es neben Juden und Palästinensern noch mehr als ein Dutzend ethnische und religiöse Minderheiten gibt. Wir stellten sie in Heft Nr. 295 vor. Für manche ist Israel seit vielen Jahrhunderten eine Heimat, andere sind in den vergangenen Jahrzehnten eingewandert. Einige sind gut integriert, anderen droht die Assimilierung. Ethnische und religiöse Vielfalt konnte sich bislang in Israel behaupten. Bleibt zu hoffen, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird.

Hunderttausende Flüchtlinge sind 2015 nach Deutschland gekommen. Dieses Ereignis hat auch unsere Arbeit verändert: Wir betreuen seitdem mehr Einzelfälle und versuchen mehr denn je, drohende Abschiebungen zu verhindern. Uns als Menschenrechtsorganisation liegt es am Herzen, geflüchteten Menschen, die uns um Hilfe bitten, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, mit denen sie in einem für sie fremden Land zu kämpfen haben. Doch auch viele andere deutsche Organisationen und Initiativen setzen sich für Flüchtlinge ein. Sie geben ihnen eine Stimme – und das oft auf ganz kreative Weise. In Heft Nr. 296 erzählen Flüchtlinge ihre Geschichte. Sie zeigen, dass allen Unkenrufen zum Trotz Deutschland seit mehr als 70 Jahren ein Einwanderungsland ist.

Während die sozialen Medien und die internationale Presse sich auf den Kriegsschauplatz Syrien zu konzentrieren scheinen, gibt es fernab des Bürgerkriegslandes zahllose Konflikte, die in der Berichterstattung unterzugehen drohen: Im Jemen tobt ein Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, in Burma werden muslimische Rohingya wie Tiere behandelt, im äthiopischen Bundesstaat Oromia droht ein Genozid. All diese Themen wurden nur sporadisch von den konventionellen Medien beachtet. Umso mehr war es uns deshalb ein Anliegen, darüber in Heft Nr. 297 zu berichten.

Sandy Naake

Reporte, Dokumente, Hintergrundpapiere

Afrika

Esclavage en **Mauretanie**: échec de la feuille de route, GfbV-Menschenrechtsreport Nr. 79, Februar 2016, 49 Seiten (5,00 Euro), Zusammenfassung auf je zwei Seiten auch in deutscher und englischer Sprache: SKLAVEREI IN **MAURETANIEN**: Die „ROADMAP ZUR BEKÄMPFUNG DER FOLGEN DER SKLAVEREI“ wird nicht überzeugend umgesetzt - SLAVERY IN MAURITANIA: The “ROADMAP TO COMBAT THE VESTIGES OF SLAVERY” is not being implemented convincingly)

Völkermord verjährt nicht! Die Debatte um die Anerkennung des Genozids an den **Herero und Nama** durch Deutschland, Memorandum, September 2016, 18 Seiten (2,50 Euro)

Eindrücke vom Besuch bei Freunden im Ausnahmezustand – Begegnungen mit Menschen im Hochland **Äthiopiens**, Bundesland Oromia, Reisebericht, Oktober 2016, 13 Seiten (2,50 Euro)

Asien

China: Billigexporte schüren Menschenrechtsverletzungen, Menschenrechtsreport Nr. 81, Juni 2016, 50 Seiten

China: Zerstörung des tibetisch-buddhistischen Klosters Larung Gar stoppen, Memorandum, Oktober 2016, 18 Seiten (2,50 Euro)

Europa

Zwei Jahre Annexion der **Krim**: Krimtatarische und ukrainische Identität verdrängt, Menschenrechtsreport Nr. 80, März 2016, 38 Seiten (2,50 Euro)

Russland: Steinkohle aus dem Kuzbass für Deutschland – auf dem Rücken der **indigenen Bevölkerung**, Memorandum, April 2016, 18 Seiten (2,50 Euro)

Tschetschenien: Die aktuelle Menschenrechtssituation, Memorandum, Juni 2016, 13 Seiten (2,50)

Gewaltopfer: **Frauen aus dem Nordkaukasus** brauchen auch in Deutschland besonderen Schutz, Memorandum, Oktober 2016, 20 Seiten (2,50 Euro)

Naher Osten

Rojava – „Schutzzone“ für **ethnische und religiöse Minderheiten in Nordsyrien**? Bericht über eine Recherchereise, Juni 2016, 80 Seiten (8 Euro)

Kampagnenblätter

Äthiopien: Blumen der Liebe – Blumen des Leids, Blutrosen zerstören Lebensgrundlage der Oromo, dazu Aktionspostkarte, Februar 2016 (kostenlos)

Krimtataren brauchen unsere Unterstützung – Jungen Menschenrechtlern den Rücken stärken!, Frühjahr 2016 (kostenlos)

Skandal! Um Flüchtlinge fernzuhalten, stärkt EU **Sudans** Diktator, dazu Aktionspostkarte, Sommer 2016 (kostenlos)

In Lebensgefahr: **Indigene Umweltschützer** brauchen unsere Hilfe!, Sommer 2016 (kostenlos)

Im Schatten des Krieges um Aleppo und Mossul: **Nordsyriens** „Oase des Friedens“ retten, dazu Aktionspostkarte, Herbst 2016 (kostenlos)

Für **Frieden und Versöhnung** – Minderheiten hoffen auf Schutz und Hilfe, Dezember 2016 (kostenlos)

Faltblätter und Verschiedenes

Krim – Krimtataren werden systematisch verfolgt, Faltblatt, Frühjahr 2016, kostenlos

Indigene Brasiliens – **Ashaninka** werden vertrieben und bedroht, Faltblatt, Sommer 2016, kostenlos

Indigene Brasiliens – Kahlschlag im **Regenwald** verhindern, Faltblatt, Sommer 2016, kostenlos

Indigene Brasiliens – Vertriebene **Guaraní** kämpfen um ihre Existenz, Faltblatt, Sommer 2016, kostenlos

Indigene Brasiliens – Indigene **Rechte**: Mehr Schein als Sein, Faltblatt, Sommer 2016, kostenlos

Sudan/EU: Kein Pakt mit Kriegsverbrechern!, Comic-Faltblatt mit erklärendem Text, Oktober 2016, kostenlos

Bildkalender 2017 – Trautes Heim. Wie Menschen wohnen. 13 großformatige Faltblätter, Texte auf den Rückseiten. (vergriffen)

Diverse **Veranstaltungsplakate** und **kleine Infolyer** für Vorträge, Podiumsdiskussionen, Mahnwachen.

Regionalgruppen 2016

Regionalgruppe Bremen

Die Regionalgruppe Bremen hat sich im Mai 2016 gegründet und trifft sich seitdem monatlich für die gemeinsame Menschenrechtsarbeit. Im Oktober 2016 hat die Gruppe die **erste Veranstaltung** organisiert, zu der rund 60 Interessierte gekommen sind. Der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido berichtete in einem Bildervortrag eindrucksvoll über seine Reise nach Nordsyrien und über die Menschenrechtslage vor Ort.

Die Regionalgruppe konnte sich in ihrem ersten Jahr mit anderen Bremer Organisationen vernetzen und hat durch die Kooperation mit der Bremer Volkshochschule einen Raum für monatliche Treffen gefunden.

Regionalgruppe Hannover

Die Regionalgruppe Hannover wurde 2016 neu gegründet. Ihre erste Veranstaltung war der **Vortrag** „Nordsyrien: Eindrücke aus dem Krisengebiet zwischen Euphrat und Tigris“.

Regionalgruppe Göttingen

Die Regionalgruppe Göttingen zeigte die **Filme** „Hawar – Meine Reise in den Genozid“ und „Gestrandet“. Dazu kamen diverse **Vorträge** zu Menschenrechtsthemen wie „Der Völkermord an den Armeniern“, „Die Kurden und ihr Kampf um Selbstbestimmung“ und „Das Trauma der yezidischen Religionsgemeinschaft“. Im Neuen Rathaus wurde zusammen mit dem Göttinger Oberbürgermeister die **Ausstellung** „Yeziden auf der Flucht“ eröffnet. Dazu wurde ein gut besuchtes Sommerfest samt Benefizkonzert zugunsten von Flüchtlingen im Nordirak organisiert.

Regionalgruppe Karlsruhe

Die Regionalgruppe war mit vier Veranstaltungen bei der **Karlsruher Woche** vertreten. Des Weiteren lud sie zu den **Vorträgen** „Sklaverei in Mauretanien: Kinder und Frauen werden vererbt und verschenkt“, „Die Verfolgung der muslimischen Rohingya in Myanmar“ und „Zurück aus Syrien“ sowie zu einer Lesung über das Schicksal Karlsruher Sinti während des Nationalsozialismus ein.

Großen Anklang fanden die beiden **Ausstellungen** „Tibet: Nomaden in Not“ und „Yeziden auf der Flucht“. Am internationalen Tag der Menschenrechte organisierte die Gruppe die Mahnwache „Schutz für die Menschen in Aleppo“

Regionalgruppe München

Die Münchner Regionalgruppe produzierte **zahlreiche Rundfunksendungen**, die von Radio Lora München ausgestrahlt wurden, u. a. zu den Themen „Turksprachige Völker“, „Was verbindet die Schoren in Südsibirien mit Deutschland? – Die Steinkohle!“, „Die Inuit in

Alaska, Kanada, Grönland und Sibirien“, „Das nördlichste turksprachige Volk der Dolganen“ und „UNO: ILO-Konvention 169 und der Internationale Tag der Indigenen Völker“.

Darüber hinaus führte die Gruppe zahlreiche Veranstaltungen, Infostände und Mahnwachen durch. Zum Beispiel die Veranstaltung „Steinkohle für Deutschland auf den Rücken der Schoren (Sibirien)“, **Infostände** beim Basar der Kulturen und dem Wintertollwood sowie die Teilnahme an sieben **Mahnwachen** über die Verletzung der Versammlungsfreiheit in Russland.

Regionalgruppe Hamburg

Die Arbeit der RG Hamburg hatte 2016 drei Schwerpunkte. Auf der Suche nach einem Weg, Minderheiten direkt zu unterstützen, wurden die Ehrenamtlichen auf das **zerstörte assyrisch-chaldäische Dorf Bakhatma im Nordirak** aufmerksam. Um den Dorfbewohnern zu helfen, wurden über den Förderverein für bedrohte Völker Spenden mittels Flohmarktverkäufen in Höhe von 450 Euro gesammelt.

Anlässlich der Sommerolympiade in Rio de Janeiro wurde die **Lage der indigenen Bevölkerung Brasiliens** thematisiert. Die Gruppe organisierte die Filmaufführungen ‚Agrokalyptose‘ über den exzessiven Anbau von Soja in Brasilien und den Film ‚Count-Down am Xingu V‘ über den Kampf gegen Megastaudämme und Korruption in Brasilien. Eine Veranstaltung über die Gesetzeslage, die Gefährdung der Fauna und Flora und den Raubbau an Rohstoffen in Brasilien sowie ein Improtheater ergänzten die Initiativen.

Dritter Arbeitsschwerpunkt war China mit der alle zwei Jahre stattfindenden „**China Time**“ im November in Hamburg. China Time wurde von der Regionalgruppe in Zusammenarbeit mit dem Bundesbüro und der Tibet Initiative Hamburg mit zahlreichen kritischen Veranstaltungen begleitet.

Regionalgruppe Berlin

Die Regionalgruppe Berlin war auch 2016 verlässlicher Partner des Bundesbüros für **zahlreiche Aktionen in der Hauptstadt**. Darunter eine Mahnwache über die Verletzung der Religionsfreiheit in der Türkei, zwei Mahnwachen für die Freilassung Leonard Peltiers, zwei Demos vor der mauretanischen Botschaft, eine Demo gegen Menschenrechtsverletzungen an den Oromo, eine Mahnwache vor der US-Botschaft zur Unterstützung syrischer Kurden, eine Mahnwache zur Thematik „Fluchtursachen wirksam bekämpfen“ sowie eine Demo anlässlich des Besuchs von Wladimir Putin. Des Weiteren organisierte die Gruppe zwei Mahnwachen vor der Botschaft Nordkoreas.

Wie in den vergangenen Jahren konnten sich Interessierte an einem Infostand beim **Karneval der Kulturen** über Menschenrechtsthemen informieren. Daneben gab es weitere Infostände, eine Veranstaltung über „Kataloniens Weg in die Unabhängigkeit“, die Filmaufführung „AGROkalyptose“ sowie die Teilnahme an einem Trauermarsch für die Yeziden.

Regionalgruppe Aachen

Die Regionalgruppe unterstützte das Nahostreferat mit einem Infostand bei einem Vortrag zum Thema **Bahai im Iran** in Aachen. Des Weiteren war die Gruppe mit einer Mahnwache zur Menschenrechtslage in der Türkei aktiv.

Regionalgruppe Nürnberg

Auch 2016 hat es die Regionalgruppe Nürnberg unter Leitung von Dietmar Hasse wieder erfolgreich geschafft, **Umwelt- und Menschenrechtsthemen zu verknüpfen**. Unter mit Infoständen bei Events wie dem Nürnberger Südstadtfest. Die Gruppe engagierte sich ebenfalls stark für die Sami in Schweden.

Regionalgruppe Düsseldorf

Die Regionalgruppe Düsseldorf betreute zahlreiche Infostände und Büchertische. Auch war sie wichtiger **Ansprechpartner für Aktive in der Region**. Die Gruppe ist sehr gut mit anderen Menschenrechts- und Umweltorganisationen in Düsseldorf vernetzt.

Regionalgruppe Münster

Die Regionalgruppe Münster war auch im Arbeitsjahr 2016 thematisch breit aufgestellt und in der Szene der **Eine-Welt- und Flüchtlingsarbeit** gut vernetzt und auch institutionell verankert. Auch mit wenigen Aktiven ließen sich durch Zusammenarbeit größere Projekte stemmen. Dazu gehörten **Menschenkettten und Mahnwachen** zu Jahrestagen wie dem Tag der Menschenrechte, dem Weltflüchtlingstag oder beim Gedenken an den Volksaufstand in Tibet. Eigene Akzente setzte die Regionalgruppe mit **Vorträgen und kleinen Tagungen** über Darfur, Burundi, Armenien, den Mapuche und Menschenrechtsaspekte in der Entwicklungspolitik. Landgrabbing in Afrika, die städtische Denkmalpolitik bezogen auf den kolonialzeitlichen Genozid an Herero und Nama, der Kampf für Religionsfreiheit und die Flüchtlingspolitik waren weitere Themen bei Einzelveranstaltungen oder Beiträge bei Reihenveranstaltungen. Die Zusammenarbeit mit der Volkshochschule, dem Internationalen Zentrum der Universität und dem städtischen Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit hat sich bewährt und soll weiter verstärkt werden. Die Vielzahl der Aktivitäten mit wenig Personal hat dazu geführt, dass die monatlichen offenen Arbeitstreffen an Bedeutung verloren haben, die in früheren Jahren mit thematischen Schwerpunkten für viele Menschenrechtsinteressierte stärker einen Erstkontakt ermöglichten.

Weitere Regionalgruppen

Die Regionalgruppen in **Bielefeld, Köln, Eisenach** und **Bonn** fungierten vor allem als Ansprechpartner für Interessierte in ihren Städten und Regionen.

Geschäftsführung und Finanzen

So funktioniert die GfbV

Als internationale Menschenrechtsorganisation setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und Ureinwohnergemeinschaften ein. Wir ergreifen Partei für die Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nennen die Täter und ihre Helfershelfer schonungslos beim Namen. Auch wenn aus Opfern später Täter werden, schweigen wir nicht. Denn wir stehen zu unserer Leitlinie "Auf keinem Auge blind". Mit Presseerklärungen und in Interviews in Presse, Funk und Fernsehen, mit unserer Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“, über das Internet, mit Ausstellungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung, Unterdrückung, Vertreibung oder drohende Vernichtung von Minderheiten. Wir üben so Druck auf politisch Verantwortliche aus. Wir publizieren Menschenrechtsreporte, Dokumentationen und Memoranden, erstellen Gutachten, vermitteln Experten, gewinnen Fürsprecher und erbitten Hilfe für Notleidende und Verfolgte. Wir verschaffen den Betroffenen selbst Gehör vor nationalen, europäischen und internationalen Gremien, leisten politische Lobbyarbeit. So gelingt es uns immer wieder zu verhindern, dass Kriegsverbrechen verschwiegen und Menschenrechtsverletzungen verharmlost werden.

Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen haben es schwerer als Hilfswerke, ihre Arbeit zu vermitteln und finanzielle Unterstützung zu mobilisieren. Die Rechte bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten und indigener Völker durchzusetzen, dazu beizutragen, Völkermord oder Vertreibung zu verhindern oder zu beenden, erfordert zähes Ringen mit Parteien, Regierungen, internationalen Institutionen, aber auch Wirtschaftskonzernen. Einsatz für Minderheiten heißt auch, sich für den Schutz ihrer Flüchtlinge einzusetzen, ihre Auslieferung oder Abschiebung zu verhindern und politische Gefangene frei zu bekommen.

Anders als bei Hilfswerken verursacht Menschenrechtsarbeit vor allen Dingen Personalkosten: Dazu gehören unsere Referentinnen und Referenten für Asien, Afrika, Südosteuropa, die GUS-Staaten, den Nahen Osten, für Flüchtlinge und indigene Völker sowie für Pressearbeit und Aktionen, die Redakteurin unserer Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“, unsere für Homepage und soziale Medien zuständige Mitarbeiterin sowie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, im Archiv und Versand. Dazu kommt unsere Mitarbeiterin in unserem Berliner Büro. 2016 beschäftigte die deutsche GfbV-Sektion im Jahresdurchschnitt 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeit.

Unsere Referenten recherchieren permanent die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu deren Sprechern, knüpfen Netzwerke, damit Nachrichten über Bedrohungs- oder Verfolgungssituationen nicht unterdrückt werden können. Sie veröffentlichen diese Informationen in Pressemitteilungen, Menschenrechtsreporten und Memoranden, Stellungnahmen für Gremien der Vereinten Nationen, aber auch für Ausschüsse und Arbeitsgruppen unserer Parlamente, Gutachten für Gerichte und Rechtsanwälte. Wir alarmieren die Öffentlichkeit, wenden uns mit Briefen, Faxen, in E-Mails und Telefongesprächen an Politiker, Kirchenvertreter, Gewerkschaften, um sie zum Handeln für bedrohte Volksgruppen zu bewegen. Von Fall zu Fall finden auch persönliche Begegnungen statt.

Unsere Referenten müssen flexibel sein. Häufig reisen sie mit dem Zug zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentariern des Bundestages, aber auch einzelner Landtage, mit Kirchenvertretern, zu Kongressen, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen in viele Städte Deutschlands oder die angrenzenden Nachbarländer. Oft begleiten wir auch Sprecher bedrohter Völker zu zuvor von uns organisierten Terminen bei Politikern, Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen. Oder wir vertreten ihre Anliegen dank unseres beratenden UN-Status bei den Vereinten Nationen in Genf oder sind vor Ort in Straßburg und nutzen dort unseren „mitwirkenden“ Status beim Europarat. Wenn wir eine Menschenrechtsaktion mit mehreren Mitarbeitern und meist auch ehrenamtlichen Praktikanten durchführen oder über unsere Themen mit einem Stand auf einer Messe oder während eines Konzertes informieren wollen, sind wir meist – mit unseren jeweils vielen Praktikanten und Angehörigen unserer Regionalgruppen – unterwegs.

Uns entstehen Druck- und Vertriebskosten für unsere Informationsblätter, die wir mehrmals im Jahr zehntausendfach verbreiten, aber auch für Menschenrechtsreporte, Dokumentationen oder Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere kreativen, oft Aufsehen erregenden Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen in jeder Woche mehrere erscheinen, jeweils an hunderte von Redaktionen im In- und Ausland, an Politiker und oft auch an Verbände von Opfergruppen per Fax und per E-Mail verursacht Kosten.

Die GfbV finanziert ihre Menschenrechtsarbeit in erster Linie durch Spenden und regelmäßige Beiträge ihrer Mitglieder und Förderer. Sie gewährleisten so unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.

Vergütungsstruktur Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Vorstand, Rechnungsprüfer, Schiedskommission, Finanzbeirat und Beirat sind ehrenamtlich tätig. Es werden lediglich nachgewiesene Kosten wie beispielsweise Reisekosten ersetzt. Darüber hinaus kann Vorstandsmitgliedern eine Vergütung im Rahmen der Freibeträge nach § 3 Nr. 26 a EStG gezahlt werden. Im Jahr 2016 wurden an drei Vorstandsmitglieder Aufwandsentschädigungen i.H.v. insgesamt 2.160,00 EUR gezahlt.

Die GfbV hat seit dem 21.06.2016 eine neue Betriebsvereinbarung, die fünf verschiedene Entgeltstufen mit weiteren fünf Untergruppen vorsieht - Angestellte in Verwaltung und Vertrieb, im Aktionsreferat, in der Buchhaltung, Referenten sowie Angestellte mit besonderer Verantwortung. Innerhalb der Gehaltsstufen gibt es jeweils fünf Aufstiegsstufen, die sich an der Dauer der ausgeübten Tätigkeit orientieren. Sie werden nach dem ersten, dritten, fünften, zehnten und fünfzehnten Jahr der Anstellung bei der GfbV erreicht. Auf einer Vollzeitstelle mit einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden verdient ein/r Angestellte/r in der geringsten Stufe 1.479,00 Euro und ein Angestellter Referent oder Buchhalter mit besonderer Qualifikation und Verantwortung mit mindestens fünfzehnjähriger Zugehörigkeit auf der höchsten Stufe bis zu 3.443,20 Euro.

Die Betriebsvereinbarung gilt nicht für leitende Angestellte i. S. des § 5 BetrVG.

Die Jahresgesamtbezüge für alle Mitarbeiter der GfbV in 2016 belaufen sich auf 573.357,59 Euro.

Von einer Nennung der Jahresvergütung mit zugeordneten Funktionen hautamtlicher Mitarbeiter der Leitung der GfbV haben wir Abstand genommen, da aufgrund der Größe unserer Organisation Rückschlüsse auf die Personen, welche die Funktionen innehaben, möglich wären. Die entsprechenden Funktionsinhaber haben zudem einer namentlichen Nennung widersprochen, da bei Nennung der Funktion gleichwohl eine mittelbare Identifikation möglich wäre.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre den Vorstand. Außerdem wählt die Mitgliederversammlung die Rechnungsprüfer, die alljährlich im Auftrag des Vereins die Verwendung der Spendengelder sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle prüfen. Jedes Mitglied, welches dem Verein zumindest drei Monate vor der Durchführung seiner Mitgliederversammlung beigetreten ist und seinen Beitrag vollständig entrichtet hat, hat eine Stimme.

Vorstand

Der ehrenamtliche Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Er leitet die Bundesgeschäftsstelle in Göttingen und das Berliner Büro. Der Vorstand ist für die Ausgestaltung der politischen Arbeit zuständig.

Beirat

Der Beirat besteht aus mind. fünf Mitgliedern. Er hat gegenüber der Mitgliederversammlung und dem Vorstand beratende und unterstützende Funktion. In den Beirat werden Personen berufen, die durch ihr öffentliches Wirken in besonderem Maße die Ziele des Vereins unterstützen. Über die Aufnahme in den Beirat entscheidet der Vorstand. Der Vorstand hat bei der Erarbeitung des Jahresprogramms sowie für wichtige politische Entscheidungen die besonderen Fachkenntnisse und Kontakte der Mitglieder des Beirats zu nutzen.

Experten

Mindestens 40 Expertinnen und Experten arbeiteten 2016 weltweit ehrenamtlich mit der GfbV zusammen. Die Experten beraten die GfbV-Referenten, knüpfen Kontakte zu Betroffenen und stellen ihr spezifisches, tief gehendes Wissen über einzelne Länder und Regionen sowie ethnische und religiöse Minderheiten kostenlos zu Verfügung.

Regionalgruppen

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Unsere Regionalgruppen sind für uns durch nichts zu ersetzen und ein wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. In 15 Orten Deutschlands engagieren sich ehrenamtliche Regionalgruppen der GfbV. Die Regionalgruppen sind wesentliche

Trägerinnen der Arbeit der GfbV. Sie werden vom Vorstand und Bundesbüro gefördert und organisieren Informationsveranstaltungen und Mahnwachen. Sie führen kreative Aktivitäten zur Mobilisierung von Spenden für Projekte und Kampagnen durch. Ihre Stellung und Tätigkeit sind im Regionalgruppenstatut geregelt, welches für die Gruppen verbindlich ist. Alljährlich sind alle Mitstreiter der Regionalgruppen zum Regionalgruppentreffen eingeladen.

Organigramm der GfbV-Deutschland

Organisationsaufbau



Stand: 15.05.2017

Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland ist Göttingen.

Finanzen

Transparenz und Kontrolle

Die weiter unten dargestellte Übersicht über die Finanzen für das Geschäftsjahr 2016 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Vorgaben der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) und Besonderheiten der Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen (IDW RS HFA 21) aufgestellt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker unterzieht sich jährlich der freiwilligen Bewertung unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Die Rechnungslegung erfolgte auf der Basis einer ordnungsgemäßen Buchführung und kaufmännischer Prinzipien.

Wirtschaftsprüfung

Der Jahresabschluss für die GfV wird regelmäßig durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Die Prüfung für das Geschäftsjahr 2016 erfolgte ohne Unterbrechung in der Zeit von September 2017 bis Oktober 2017 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Beckmann & Partner (Göttingen), mit Datum vom 19.10.2017 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Rechnungsprüfer

Einmal jährlich findet in unserer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen eine Kassenprüfung statt. Die beiden Kassenprüfer werden von der Mitgliederversammlung gewählt und arbeiten ehrenamtlich. Für 2016 fand die Prüfung im Oktober 2017 statt. Die Kassenprüfer empfehlen die Entlastung des Vorstandes.

DZI

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) prüft einmal jährlich ob die Ges. für bedrohte Völker das Spendensiegel erneut zuerkannt bekommt. Mit dem Siegel wird eine wirtschaftliche und satzungsgemäße Verwendung der Spenden bescheinigt. Es ist Zeichen sorgfältig geprüfter Seriosität und Spendenwürdigkeit und wird der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. regelmäßig seit 2007 jährlich zuerkannt.

Controlling

Für jedes Geschäftsjahr wird ein Haushaltsplan erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird. Die Einhaltung dieses Plans wird durch ständigen Soll/Ist-Vergleich nachgehalten. Statistiken werden tagesaktuell gepflegt. Der Vorstand erhält zweiwöchentlich Finanzberichte.

Einnahmen

Wer der GfbV spendet, hilft unsere Arbeit für ethnisch und religiös verfolgte Minderheiten zu unterstützen. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Treue Dauerspender, Mitglieder und Förderer unterstützen uns regelmäßig, einige Menschen berücksichtigen die GfbV in ihrem Testament, um sich über den Tod hinaus für eine friedliche Zukunft zu engagieren. Einige wenige Richter oder Staatsanwälte weisen uns Bußgelder zu.

Im Geschäftsjahr 2016 lagen die Gesamteinnahmen 66.916,66 Euro (Vorjahr 13.097,21 Euro) unter denen des Vorjahres. Wobei davon insgesamt 13.897,59 Euro ausstehende Mitglieder- und Förderbeiträge sind. Den größten Anteil der Einnahmen stellen –wie im Vorjahr auch– mit 40,44 Prozent die Mitgliedsbeiträge dar. Der Mitgliederrückgang von 0,96 Prozent im Jahr 2015 hat sich etwas erhöht und lag im Geschäftsjahr 2016 bei 1,91 Prozent. Darüber hinaus haben wir unsere Mitgliederdatei bereinigt und alle nicht zahlenden Mitglieder laut Vorstandsbeschluss gestrichen. Dadurch haben wir einen Mitgliederrückgang von insgesamt 9,28 %. Am 31.12.2016 hatte die GfbV-Deutschland 4.889 Mitglieder und 639 Förderer. Unsere Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“ wurde von 3.257 Leserinnen und Lesern abonniert. Neben den Mitgliedsbeiträgen sind die Spendeneinnahmen eine wichtige finanzielle Säule.

Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.
Göttingen

Einnahmen 2016 und 2015

	2016 €	%	2015 €	%
Erbschaften	62.979,98	4,94	1.694,04	0,13
Bußgelder	1.000,00	0,08	3.000,00	0,22
Mitgliedsbeiträge	515.072,24	40,44	587.120,57	43,80
Mitgliedsbeiträge vereinnahmt	502.620,98	39,46	527.892,63	39,38
Mitgliedsbeiträge ausstehend	12.451,26	0,98	59.227,94	4,42
Förderbeiträge	55.123,23	4,33	63.886,07	4,77
Förderbeiträge vereinnahmt	53.676,90	4,21	56.774,73	4,24
Förderbeiträge ausstehend	1.446,33	0,11	7.111,34	0,53
Zuwendungen anderer Organisationen	1.320,00	0,10	4.258,49	0,31
Spenden	495.339,40	38,90	538.257,04	40,15
Erlöse	142.800,51	11,21	142.335,81	10,62
Gesamt	1.273.635,36	100,00	1.340.552,02	100,00

Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.
Göttingen

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016

	2016 €	2015 €
Ertrag aus dem Spendenverbrauch	701.137,36*	508.445,68*
Ertrag aus weiterzuleitenden Spenden	0,00	0,00
Ertrag aus Zuschüssen	1.320,00	4.258,49
Ertrag aus Mitglieds- und Förderbeiträgen	570.195,47	651.006,64
Ertrag aus Bußgeldern	1.000,00	3.000,00
Ertrag aus Erbschaften	62.979,98	1.694,04
	1.336.632,81	1.168.404,85
Umsatzerlöse	142.800,51	142.335,81
Sonstige betriebliche Erträge	618,87	17.932,88
	1.480.052,19	1.328.673,54
Materialaufwand		
Aufwand für bezogene Ware	-113.061,28	-107.863,07
	1.366.990,91	1.220.810,47
Personalkosten		
Löhne und Gehälter	-573.357,59	-532.471,02
Soziale Abgaben	-148.622,95	-149.987,68
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-35.213,20	-31.607,43
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-578.436,16	-471.467,22
	31.361,01	35.277,12
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	118,13	873,01
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.621,78	-804,38
Jahresüberschuss vor Veränderung noch nicht satzungsgemäß verwendeter Spenden	29.857,36	35.345,75
Zuführung von längerfristig gebundenen Spenden	16.495,00	-12.404,00
Einstellung in noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden	-46.352,36	-22.941,75
Jahresüberschuss	0,00	0,00

*Der Spendeneingang 2016 über 495.339,40 Euro ist geringer als die satzungsgemäßen Aufwendungen. Der Mehrverbrauch beträgt 205.797,96 Euro.

Bilanz

Die Bilanzsumme ist mit 758.113,65 Euro niedriger als im Vorjahr, in dem sie bei 925.261,29 Euro lag. Im Geschäftsjahr 2016 wurden Anschaffungen in Höhe von 18.718,20 Euro getätigt. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf 35.213,20 Euro. Die Rückstellungen liegen mit 76.200 Euro um 800 Euro niedriger als im Vorjahr. Von den sonstigen Rückstellungen entfallen 66.800,00 Euro auf Verpflichtungen aus dem Personalbereich.

Die Verbindlichkeiten sind um 9.592,96 Euro angestiegen. Die Betriebsmittelrücklage über 450.000,00 Euro deckt die laufenden wiederkehrenden Kosten für das erste Halbjahr ab.

Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.
Göttingen

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktiva	2016 €	%	2015 €	%
Anlagevermögen	56.694,00	7,48	73.189,00	7,91
Immaterielle Vermögensgegenstände	24.435,00	3,22	31.244,00	3,38
Sachanlagen	32.259,00	4,26	41.945,00	4,53
Umlaufvermögen	698.620,25	92,15	849.738,07	91,84
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	31.168,25	4,11	119.019,28	12,86
Sonstige Vermögensgegenstände	13.977,96	1,84	11.901,75	1,29
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	653.474,04	86,20	718.817,04	77,69
Rechnungsabgrenzungsposten	2.799,40	0,37	2.334,22	0,25
Summe Aktiva	758.113,65	100,00	925.261,29	100,00
Passiva				
Noch nicht verbrauchte Spendenmittel	636.152,65	83,91	812.093,25	87,77
Noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden davon freie Rücklagen € 50.000,00 (Vorjahr € 50.000,00) davon Betriebsmittelrücklage € 450.000,00 (Vorjahr € 453.600,00)	579.458,65	76,43	738.904,25	79,86
Längerfristig gebundene Spenden	56.694,00	7,48	73.189,00	7,91
Sonstige Rückstellungen	76.200,00	10,05	77.000,00	8,32
Verbindlichkeiten	45.761,00	6,04	36.168,04	3,91
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	38.266,65	5,05	30.049,42	3,25
Sonstige Verbindlichkeiten	7.494,35	0,99	6.118,62	0,66
Summe Passiva	758.113,65	100,00	925.261,29	100,00

Allgemeine finanzielle Lage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft für bedrohte Völker ist weiterhin stabil. Das Geschäftsjahr 2016 wurde mit einem Jahresüberschuss von 29.857,26 EUR abgeschlossen. Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag noch nicht verbrauchte Spendenmittel in Höhe von 579.458,65 Euro.

Die Gesamtsumme der für die Menschenrechtsarbeit aufgewendeten Mittel beträgt 1.449.322,38,00 Euro.

Der Bestand an flüssigen Mitteln in Höhe von € 653.474,04 ist ausreichend um alle kurzfristigen anstehenden Zahlungsverpflichtungen zu begleichen.

Unter Berücksichtigung gleichbleibender Spendeneingänge und eines stabilen Mitgliederbestands, ist die finanzielle Lage der GfbV e.V. zukünftig gesichert.

Das GfbV-Team

Vorstand 2016

Feryad Fazil Omar (Berlin), Bundesvorsitzender

Jan Diedrichsen (Apenrade)

Kaan Orhon (Bonn)

Heinrich Schultz (Tating)

Dr. Kurt Weber (Göttingen)

Kassenprüfer 2016

Günther Schierloh (Göttingen)

Patrick Strehl (Berlin)

Schiedskommission 2015

Till Brandt (Bad Vilbel), bis 15.10.2016

Niels Keilhack, seit 15.10.2016

Ulrich Morenz, seit 15.10.2017

Achim Schumacher (Köln), bis Sommer 2016

Dr. Frieder Weiße (Berlin)

Mitarbeiter

Direktor

Ulrich Delius

direktor@gfbv.de

Tel.: 0551-499 06-27

Geschäftsführung

Marlen Mock

m.mock@gfbv.de

Tel.: 0551 -499 06-11

Fachreferate

Asien und Afrika

Ulrich Delius, Leitung

asien@gfbv.de

Tel.: 0551-499 06-27

Hanno Schedler,
Mitarbeiter, auch
Praktikumsanfragen, UN-
Arbeit

h.schedler@gfbv.de

Tel.: 0551-499 06-15

Naher Osten	Kamal Sido , Referent	nahost@gfbv.de Tel.: 0551-499 06-18
Südosteuropa/Flüchtlinge	Jasna Causevic , Referentin	j.causevic@gfbv.de Tel.: 0551-499 06-16
Indigene Völker	Yvonne Bangert , Referentin	indigene@gfbv.de Tel.: 0551-499 06-14
GUS	Sarah Reinke (bis Frühjahr 2017)	

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Presse, Publikationen, Bildkalender	Inse Geismar , Referentin	presse@gfbv.de Tel.: 0551-499 06 25
Homepage, Soziale Medien	Michaela Böttcher , Onlineredakteurin	onlineredaktion@gfbv.de Tel.: 0551-499 06-10
	Lewis Ragno , Studentische Hilfskraft	onlineredaktion@gfbv.de Tel.: 0551-499 06-10
Aktionen	Daniel Matt , Referent, auch Betreuung Ehrenamtlicher	aktionen@gfbv.de Tel.: 0551-499 06-17
Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“	Sandy Naake , Redakteurin	redaktion@gfbv.de Tel.: 0551-499 06-28
Archiv	Iris Castro	i.castro@gfbv.de Tel.: 0551-499 06-13
Digitalisierung	Abdul Raffert	araffert@gfbv.de

Verwaltung

pogrom- Abonnenten und Bestellungen	Christian Rach	c.rach@gfbv.de Tel.: 0551-499 06-26
Mitglieder, Förderer, Spender	Serdar Baysal	s.baysal@gfbv.de Tel.: 0551-499 06-29
Mitarbeit	Cécile Ayoub	c.ayoub@gfbv.de Tel.: 0551-499 06-20
Versand	Muhamed Ibraimovic	m.ibraimovic@gfbv.de 0551-499 06-12

Berater

Gründer der GfbV	Tilman Zülch	tilman.zuelch@gfbv.de
-------------------------	---------------------	--

Praktikanten

Wir danken unseren vielen Praktikantinnen und Praktikanten aus dem In- und Ausland, die uns 2016 jeweils mindestens acht Wochen oder sogar länger ehrenamtlich in unserem Göttinger Bundesbüro oder in unserem Berliner Büro unterstützt haben. Ohne ihren wertvollen und engagierten Einsatz und ihre Ideen wäre unsere Menschenrechtsarbeit weniger kreativ und intensiv: Lukas Amend, Marieke Behrens, Ferdinand Beleites, Frauke Binnemann, Giulietta Corti, Benjamin Dietrich, Kira Dönte, Deborah Düring, Levin Dumont, Melissa Ebert, Ramona Ehl, Katharina Franke, Charlene Friedrich, Luise Glöckner, Friederike Gómez de Larrain, Flora Hallmann, Axel Hanmann, Cian Hartung, Charlotte Heise, Anna Hobbiebrunken, Catharina Elisa Hürter, Javlonbek Ibragimov, Alia Istarbadi, Rami Georg Johann, Rohan Khan, Miriam Kienle, Julia Kühl, Ann-Kristin Lohmann, Stella Marie Männer, Annabelle Makhloufi, Maria Isabel Martinez La Rosa de Klemm, Julia Messerschmidt, Eleonora Miccalizzi, Melina Müller, Sarah Olbrich, Lavien Partawie, Sophia Pfründer, Lewis Rangno, Jens Riemeyer, Isabel Rieger, Moritz Sadowski, Matthias Schmidt, Lea Seidel, Romy Siegler, Marie Semmelroth, Christina Thomas, Tina Walther, Lena Weber, Kathrin Weckesser, Katharina Weidemann, Lucas Wiesner, Leonie Zeuner

Mitgliedschaften

Die Gesellschaft für bedrohte Völker arbeitet von Fall zu Fall mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Umweltgruppen zusammen. Wir geben gemeinsam mit ihnen Pressemitteilungen heraus oder kooperieren erfolgreich bei Veranstaltungen. Bei einigen Organisationen ist die GfbV sogar Mitglied: Forum Menschenrechte (Berlin), Sudan Forum e.V. (Hildesheim), International Tibet Network (London), Klima Allianz (Berlin) und Koordination ILO 169 (Deutschland).

Förderverein

Der Förderverein für bedrohte Völker e.V. unterstützt humanitäre Projekte, die die Lebenssituation bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten verbessern sollen. Außerdem ist er Eigentümer des Victor-Gollancz-Hauses für Menschenrechte in der Geiststraße 7 in Göttingen, welches er an die Gesellschaft für bedrohte Völker vermietet hat.

Der Förderverein wurde am 14. Juni 2006 gegründet und am 5. Juli 2006 in das Vereinsregister eingetragen. Er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und wird rein ehrenamtlich geführt. Dadurch entstehen keinerlei Personalkosten. Spenden werden vom Verein eigenständig gesammelt und zu 100 Prozent an die humanitären Projekte weitergeleitet.

Nicht selten werden diese Projekte im Rahmen der Menschenrechtsarbeit der GfbV an den Förderverein vermittelt, zum Beispiel wenn Minderheitenangehörige direkt an unsere Menschenrechtsorganisation herangetreten sind mit der Bitte, über unsere politische Menschenrechtsarbeit hinaus eine humanitäre Initiative für ihre Gemeinschaft zu unterstützen. Dabei geht es um Projekte, die ihre Sprache und Kultur sowie ihren Zusammenhalt fördern, Armut bekämpfen, traditionelles Wissen weitergeben oder die eigene Identität stärken.

Die Projekte können ins Leben gerufen worden sein, um unmittelbare Not zu lindern – wie beispielsweise das Projekt „Yeziden im Irak“. Hier werden den bedürftigsten Angehörigen dieser von Terrormilizen gejagten Religionsgemeinschaft Spendengelder direkt übergeben, um das Überleben oder die medizinische Betreuung einzelner zu sichern. Unter dem Stichwort „Ashaninka“ eingegangenen Spenden trugen zur Finanzierung des Ausbildungszentrums „Yorenka Ñtame“ im brasilianischen Bundesstaat Acre bei. In dem von der indianischen Gemeinschaft 2007 ins Leben gerufenen nachhaltigen Projekt werden indigene und nicht-indigene Jugendliche in Waldwirtschaft, Schildkröten-, Bienen- und Fischzucht unterrichtet und lernen ebenso, Computer und Internet zu nutzen. Projekte können aber auch zum Überleben verelendeter Familien beitragen wie die „Winterhilfe“ für die Lakota-Indianer im Pine Ridge Reservat. Dort leiden besonders ältere Alleinstehende in ihren kaum isolierten Unterkünften unter der eisigen Kälte. Für jugendliche Lakota unterstützt der Förderverein auch ein Pferdeprojekt. Dabei werden indianische Traditionen gepflegt und Selbstbewusstsein der Lakota gestärkt. An die Anti-Sklaverei-Organisation IRA in Mauretanien werden Spenden mit dem Stichwort „Haratin“ weitergeleitet. Die IRA begleitet Sklaven auf dem Weg in die Freiheit: bei Behördengängen und möglichen Strafverfahren gegen die Sklavenhalter. Die IRA organisiert aber auch mutig öffentliche Proteste gegen die Leibeigenschaft.

Adressen der GfbV-Sektionen

GfbV-Deutschland

Victor-Gollancz-Haus
Postfach 2024
37010 Göttingen
Tel. +49-(0)551-49906-0
Fax. +49-(0)551-58028
E-Mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de

GfbV-Bosnien-Herzegowina

Trampina 4 / IV,
BiH-71000 Sarajevo
Tel.: ++387 33 213 707
Fax: ++387 33 213 709
E-Mail: gfbv_sa@bih.net.ba, www.gfbv.ba

GfbV-Schweiz

Schermenweg 154
CH-3072 Ostermundigen
Tel. +41 (0)31 939 00 00
Fax + 41 (0)31 939 00 19
E-Mail info@gfbv.ch

Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich

Jägerstraße 63/9
1200 Wien
Tel: + 43 (0)699-160 685 00
E-Mail: office@gfbv.at – www.gfbv.at

GfbV-Südtirol/Italien

Via Macello/Schlachthofstraße 50
CP/PF 233
I-39100 Bozen/Bolzano
Tel./Fax +39 0471 972240
E-Mail: info@gfbv.it

GfbV-Kurdistan/Irak

Dr. Yousif Dzayi
Tel. 00964 750 445 1836
yousifdzayi@hotmail.com